



Foto: Mediaphotos/Adobe Stock

Bei gesetzlich krankenversicherten Menschen wächst die Unzufriedenheit. Zu lange warten viele von ihnen etwa auf einen Praxistermin. Mehr zahlen, weniger bekommen – Menschen haben kaum noch Vertrauen ins System

Bleibt Gesundheit bezahlbar?

Während die Koalition noch über eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) streitet, beleuchtet eine aktuelle Umfrage das Ausmaß der Misere: Über 90 Prozent der Menschen in Deutschland machen sich Sorgen, inwieweit Gesundheit künftig überhaupt noch bezahlbar ist. Zuletzt gestiegene Zusatzbeiträge und die politische Diskussion über Leistungskürzungen in der GKV befeuern diese Verunsicherung zusätzlich.

Deutschlands Gesundheitssystem verliert in der Bevölkerung zusehends an Ansehen. Zu diesem Ergebnis kommt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC in einer repräsentativen Studie. Diese stellt den Reformbemühungen der Politik ein vernichtendes Zeugnis aus. Demzufolge sind es in erster Linie steigende Kosten, fehlende Fachkräfte und lange Wartezeiten auf Termine, die zu einem Vertrauensverlust der Menschen beigetragen haben.

Dass und vor allem wo sich etwas ändern muss, zeigt auch eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK). In dieser forderte eine Mehrheit einen schnelleren Zugang zu medizinischer Versorgung sowie stabile Krankenkassenbeiträge.

Kommission soll Lücke von 25 Milliarden Euro schließen

Der letzte Punkt treibt auch Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen (CDU) verstärkt um. Mehrfach bekräftigte sie,

weitere Beitragsanstiege für gesetzlich Krankenversicherte verhindern zu wollen. Ihr Vertrauen setzte Warzen in eine zu diesem Zweck eingesetzte Expertenkommission. Diese hatte den Auftrag, Vorschläge für eine finanzielle Stabilisierung der gesetzlichen Krankenkassen vorzulegen. Nach Aussagen der Ministerin ging es dabei um notwendige Einsparungen in Höhe von rund 25 Milliarden Euro – wahrlich kein Pappenstiel.

Fortsetzung auf Seite 2

Sozialreformen stärken Demokratie

Kanzleramtsminister Thorsten Frei im Interview
Seite 3



Kompromiss zur Klinikreform

Umbau erneut gefährdet
Seite 5



SoVD-Einsatz für Entgeltgleichheit

Verband präsentiert sich am Berliner Hauptbahnhof
Seite 4



Teilhabe ist kein Sparposten

SoVD gegen Kürzungen in der Eingliederungshilfe
Seite 7



Wir wünschen allen SoVD-Mitgliedern und allen Freundinnen und Freunden unseres Verbandes ein frohes Osterfest!

**SoVD-Vorstand,
Verbandsrat und
Bundeskongress**

Fotos: Volodymyr, David Kreuzberg/Adobe Stock

Hier befindet sich das Adressfeld für die Etikettierung im Einzelversand

Mehr zahlen, weniger bekommen – Menschen haben kaum noch Vertrauen ins System

Bleibt Gesundheit künftig noch bezahlbar?

Fortsetzung von Seite 1

Einen ersten Zwischenbericht legte diese Finanzkommission am 30. März vor (*da befand sich die SoVD-Zeitung bereits im Druck*). Details zu einem möglichen Sparpaket sickerten jedoch bereits im Vorfeld durch. Demnach trägt sich die Bundesregierung mit dem Gedanken, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartner*innen in der gesetzlichen Krankenversicherung

abzuschaffen. Betroffene müssten dann mindestens 225 Euro monatlich zahlen.

SoVD bekennt sich klar zu Solidargemeinschaft

Mit Unverständnis reagierte der SoVD auf ein mögliches Ende der Familienversicherung. Diese ist aus Sicht der Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier zentral für das Solidarprinzip der GKV. Engelmeier

warnte: „Wer die Mitversicherung abschafft, riskiert soziale Härten und trifft besonders Einverdiener-Haushalte.“

Kritisch äußerte sich gegenüber der SoVD-Zeitung auch der GKV-Spitzenverband, der die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Deutschland vertritt. Dessen Vorstandsvorsitzender Oliver Blatt sagte, die zunehmende Belastung der Versicherten gefährde letztlich den sozialen Frieden in der Gesellschaft. Blatt forderte, vor allem die steigenden Ausgaben in den Griff zu bekommen.

Dennoch schiebt die Politik ihnen den „schwarzen Peter“ zu und droht mit weiteren Gebühren oder der Einschränkung von Leistungen. Das vermittelt nicht den Eindruck, dass das System gut funktioniert. Und vor allem schafft es kein Vertrauen.

Koalition lässt die GKV-Versicherten im Stich

Es sind auch nicht die Beschäftigten, die sich über die Möglichkeit der telefonischen Krankschreibung vor der Arbeit drücken. Vielmehr ist es die Bundesregierung, die notwendigen Entscheidungen aus dem Weg geht, indem sie diese ver-

zögert und die eigene Verantwortung in Kommissionen und Arbeitsgruppen verlagert. Und während dadurch wertvolle Zeit verloren geht, haften weiterhin die GKV-Versicherten für eine jahrelange gesundheitspolitische Miswirtschaft.

Für den SoVD steht daher der sinnvolle Einsatz vorhandener Ressourcen an erster Stelle. Die Streichung von Leistungen ist für Michaela Engelmeier in jedem Fall der falsche Weg. Sie warnte die rot-schwarze Koalition: „Wer den Sozialstaat kaputtspart, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Joachim Schöne

Auch wir nehmen wahr, dass die steigenden Beitragssätze die Beitragszahlenden zunehmend finanziell belasten – und das ist für die solidarische Krankenversicherung nicht hinnehmbar und zunehmend eine Gefahr für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir werden deshalb nicht müde, an die Politik zu appellieren, entschlossen die notwendigen strukturellen Reformen im Gesundheitswesen anzugehen, um die drastischen Ausgabensteigerungen in den Griff zu bekommen. Es ist genug Geld im System, um alle Versicherten gut zu versorgen, wir müssen dieses Geld aber besser einsetzen. Ob Krankenhäuser, ambulante Versorgung oder Arzneimittel – für alle großen Ausgabenblöcke brauchen wir daher nachhaltige Struktur- und Sparmaßnahmen der Bundesregierung. Nur wenn die Bundesregierung jetzt die Kraft und den Mut aufbringt, solche Strukturreformen konsequent umzusetzen, verhindern wir, dass die Versicherten und deren Arbeitgebende immer höhere Krankenkassenbeiträge zahlen müssen.



Foto: GKV-SV

Oliver Blatt

Oliver Blatt,
Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes

Gesundheitssystem trotz Mehrkosten mit Mängeln

Eines wird im Rahmen der aktuellen Debatte leider oft vergessen: Ursache für die finanzielle Schieflage im Gesundheitswesen sind nicht die hohen Ansprüche der Versicherten. Seit Jahren zahlen sie immer höhere Beiträge, ohne dass sich dadurch etwas für sie verbesser-

Dass in der genannten Befragung 91 Prozent der Menschen befürchten, Gesundheit könnte nicht mehr bezahlbar sein, sehe ich als sehr deutliches Warnsignal. Es zeigt, dass eine große Verunsicherung im Hinblick auf die Stabilität des deutschen Gesundheitssystems besteht. Sicherlich waren die Debatten und Maßnahmen der jüngsten Zeit, zum Beispiel um eine Praxisgebühr oder die Herausnahme von Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen, hierfür nicht zuträglich.

Patientinnen und Patienten sind bei ihrer gesundheitlichen Versorgung tagtäglich mit großen Herausforderungen konfrontiert. Unser Gesundheitssystem braucht Veränderung – und zwar jetzt. Das System darf nicht kränker sein als der Patient. Patientinnen und Patienten müssen sich auf das Gesundheitswesen verlassen und jederzeit eine adäquate Versorgung erhalten können. Der Zugang muss für alle Menschen jederzeit und unabhängig vom Geldbeutel möglich sein.

Dazu braucht es umfassende Strukturreformen. Es ist Aufgabe der Politik, diese zeitnah umzusetzen. Bei alledem darf allerdings nicht vergessen werden, wofür das Gesundheitssystem existiert – für die Patientinnen und Patienten, die wir alle früher oder später sind.

Stefan Schwartze,
Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten



Foto: Steffen Kugler

Stefan Schwartze

Foto: fischer-cg.de / Adobe Stock

Mitgliederbefragung ab Mai – nehmen Sie teil!

Ein mitgliederstarker Verband wie unser SoVD lebt von Stabilität und gleichzeitig von Bewegung. Weit über 100 Jahre schon verbinden wir Tradition und Moderne im Einsatz für soziale Gerechtigkeit.

Wir kämpfen nicht nur auf politischer Ebene für eine gerechte Sozial- und Gesellschaftspolitik, sondern ermöglichen unseren Mitgliedern mit der Sozial- und Rechtsberatung im SoVD auch ganz praktische

Unterstützung, ob gegenüber Verwaltungen und Behörden oder vor den Gerichten.

Mehr als 635.000 Mitglieder gehören unserer Gemeinschaft an. In unseren rund 1.200 Kreis- und Ortsverbänden bilden wir eine starke, generationenübergreifende Gemeinschaft – getragen vom Einsatz vieler ehrenamtlich engagierter Mitglieder.

Über unsere Kooperationen bieten wir Mitgliedern weitere Vorteile; etwa einen umfassenden

Vorsorgeschutz durch die ERGO-Versicherungsgruppe zu vergünstigten Konditionen.

Damit der SoVD nah an den Bedürfnissen seiner Mitglieder bleibt, möchten wir unseren Verband gezielt weiterentwickeln. Und wir möchten dort nachschärfen, wo neue Anforderungen entstehen. Hierfür ist uns Ihre Meinung wichtig: Was läuft aus Ihrer Sicht gut? Welche Angebote und Themen wünschen Sie sich für die Zukunft?

Bald starten wir deshalb über unterschiedliche Kanäle eine Mitgliederbefragung. Los geht es im Mai!

Schon jetzt können wir Ihnen sagen, dass Sie verschiedene Möglichkeiten haben werden, an der Befragung teilzunehmen: Sei es über einen Teilnahmelink in einem Mitgliedermailing oder über einen QR-Code in der Mai-Ausgabe der SoVD-Zeitung (Printversion) bzw. Befragungslink im E-Paper.

Alle erforderlichen Informationen erhalten Sie rechtzeitig. Näheres gibt es in Kürze auch auf der Webseite des Bundesverbandes sowie auf den Seiten der Landesverbände.

Auf der BV-Startseite wird dann ein Button „Jetzt mitmachen“ platziert sein, der Sie zu weiteren Detailinformationen und auch zur Befragung führt.

Diese ist komplett anonym und dauert ungefähr zehn Minuten.

SoVD im Austausch mit Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU) über die Arbeit der Regierungskommissionen

Gute Sozialreformen stärken die Demokratie

Derzeit vergeht kaum ein Tag ohne neue Hiobsbotschaften im Kontext internationaler Krisen und Konflikte. Die weltweiten Krisen schlagen sich auf Staatsfinanzen nieder, auch in Deutschland. Steigende Lebenshaltungskosten belasten die Bürger*innen. Einkommensschwache Haushalte spüren das am härtesten. So wächst soziale Ungleichheit – mit weitreichenden Folgen für das gesellschaftliche Klima.

Finanzielle Bedrängnis und mangelnde Teilhabe gehen für viele Menschen mit einem Gefühl der Ungerechtigkeit einher, gepaart mit Frustration und Wut.

Hier setzt die Gefahr für die demokratischen Systeme an: Denn der Unmut darüber, von der Politik im Stich gelassen zu sein, macht wachsende Bevölkerungsgruppen offen für populistische Versprechen. Parteien und Bewegungen, die sich über die demokratischen Grundsätze stellen und rechtsautoritär agieren, nutzen Not und Unzufriedenheit gezielt aus – indem sie scheinbar einfache „Lösungen“ anbieten, während sie gleichzeitig demokratische Institutionen untergra-

ben und angreifen. Große Sozialreformen erfordern jedoch andere „Instrumente“ als demagogische Ideologie. Gefragt sind komplexe, kompromissfähige und miteinander verknüpfbare Maßnahmen, die von einer gerechteren Steuerpolitik über kluge Ausgabenpriorisierung bis hin zu sinnvollen Investitionen in die Zukunft reichen.

Darüber, wie die teils überfälligen Vorhaben gelingen können, und vor allem, wie sie zu finanzieren sind, gehen die Auffassungen der Regierungsparteien miteinander weit auseinander. Was sie verbindet, ist die Überzeugung, dass eine Gesellschaft, in der die Schere zwischen Arm und Reich

immer weiter auseinandergeht, weder stabil noch gerecht noch demokratiefördernd sein kann.

Auch der SoVD ist überzeugt, dass die Sicherung der materiellen Existenzgrundlage für ein würdiges Leben aller Menschen entscheidend für die Stärkung der Demokratie ist. Das betonte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier im Rahmen eines Gesprächs mit Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU).

Hier vertritt Engelmeier ebenso im Hinblick auf die von der Bundesregierung eingesetzten Kommissionen – wie die Sozialstaats- und Alterssicherungskommission und die Kommissionen zur Kranken- und Pflegeversicherung –



Foto: SoVD

Von li.: Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU) mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier und Fabian Müller-Zetsche, Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband.

die sozialpolitischen Positionen des SoVD. Auch die Eingliederungshilfe und die geplante Reform des Behindertengleichstel-

lungsgesetzes waren Thema des Austausches, der in konstruktiver und vertrauensvoller Atmosphäre stattfand. *Veronica Sina*

Interview

Thorsten Frei: Soziale Sicherungssysteme fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt und stabilisieren die Demokratie

„Werden Sozialstaat bürokratieärmer gestalten“

In politischen Debatten warnte Kanzleramtsminister Thorsten Frei immer wieder vor einem Ausfall des „Reformjahres 2026“. Dabei betonte er die Notwendigkeit, strukturelle Transformationen zu schaffen. Im Interview sprach Frei über Vorhaben und Ziele der Bundesregierung.

Die Demokratie in unserem Land ist zunehmend unter Druck. Welche Rolle haben vor diesem Hintergrund die sozialen Sicherungssysteme?

Das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit der Demokratie ist unerlässlich. Dieses Vertrauen erhalten wir nur, wenn wir die Probleme wie fehlendes Wirtschaftswachstum oder (soziale) Sicherheit effektiv lösen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere sozialen Sicherungssysteme die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in besonderem Maße fördern und damit unsere Demokratie stabilisieren.

Dieses System ist durch den demografischen Wandel und durch steigende Sozialversicherungsbeiträge großen Belastungen ausgesetzt. Das beste Mittel dagegen sind Wirtschaftswachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau. Die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, ist deshalb oberste Priorität der Bundesregierung.

Um unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, müssen wir sie grundlegend reformieren. Die Reformen, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, gehen wir daher entschlossen an. Unser Ziel ist es, die Sicherungssysteme stabil und leistungsfähig zu halten: Der Sozialstaat muss auch in Zukunft verlässlich Lebensrisiken

absichern und denjenigen zur Verfügung stehen, die ihn brauchen.

Die Sozialstaatskommission hat Vorschläge vorgelegt, wie die Sozialverwaltung effizienter und bürgerfreundlicher werden kann. Mit welchen konkreten Maßnahmen ist zu rechnen?

Wir werden den Sozialstaat umfassend und ambitioniert reformieren und ihn bürokratieärmer und bürgerfreundlicher ausgestalten.

Zentrale existenzsichernde Leistungen sollen künftig gebündelt aus einer Hand gewährt werden – dafür werden sowohl vor Ort als auch digital zentrale Anlaufstellen geschaffen. So wird beispielsweise das Kindergeld künftig ohne Antrag ausgezahlt. Auch die Regelungen zur Anrechnung von Erwerbseinkommen nehmen wir in den Blick und passen sie so an, dass sich Beschäftigung neben dem Bezug von Sozialleistungen stärker lohnt.

In der Kranken- und Pflegeversicherung klaffen große Finanzierungslöcher. Müssen sich die Menschen auf Leistungskürzungen einstellen?

Die Bundesregierung hat für die gesetzliche Krankenversicherung eine Finanzkommission Gesundheit eingesetzt. Diese wird demnächst kurzfristige Maßnahmen vorlegen, um die Beitragssätze

2027 zu stabilisieren. Bis Ende des Jahres erarbeitet die Kommission dann Vorschläge für Strukturreformen im Gesundheitswesen. Dabei werden alle Bereiche einbezogen – Ziel ist es, eine weiterhin sehr gute Versorgung kostengünstiger bereitzustellen.

Für die soziale Pflegeversicherung hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeitet, die wir derzeit innerhalb der Bundesregierung und mit den Ländern besprechen. Anschließend werden daraus geeignete Reformmaßnahmen abgeleitet. Ziel ist es, das sogenannte Teilleistungssystem beizubehalten und die finanziellen Mittel zielgerichteter einzusetzen. Selbstverständlich werden wir dabei verantwortlich handeln.

Angesichts ihrer finanziellen Lage fordern die Kommunen, auch bei der Eingliederungshilfe zu sparen. Viele Menschen mit Behinderungen befürchten nun Einschnitte. Wie blickt die Bundesregierung auf diese Debatte?

Die Bundesregierung setzt sich für eine inklusive Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Im Februar haben wir die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes beschlossen. Dadurch werden erstmals auch Cafés, Arztpraxen oder Läden verpflichtet, Menschen mit Behin-

derungen die gleichberechtigte Teilhabe mit zumutbaren Mitteln zu ermöglichen.

Auch mit der Eingliederungshilfe verfügen wir über ein wichtiges Unterstützungssystem. Allerdings sind die Ausgaben dafür in den vergangenen Jahren stark gestiegen – zuletzt auf mehr als 28 Milliarden Euro. Diese Ausgaben werden von den Kommunen getragen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Eingliederungshilfe auch in Zukunft bezahlbar bleibt – durch effizientere, unbürokratischere Abläufe und bessere Planung. Das liegt auch im Interesse derer, die auf diese Leistungen angewiesen sind.

Stichwort demografischer Wandel: Sie plädieren dafür, das Renteneintrittsalter stärker an die Dauer der Beitragszahlungsdauer anzupassen...

Das kann ein erwägenswerter Vorschlag sein. Die Frage ist, ob das Renteneintrittsalter die einzig richtige Bemessungsgröße für die Rentenhöhe ist, oder ob man sich nicht stärker an der Zahl der Arbeitsjahre orientieren sollte. Es können nicht alle gleich lang arbeiten. Hier will ich der Alterssicherungskommission nicht vorgreifen. Wichtig ist, dass wir eine Reform aus einem Guss machen.

Im SoVD, dessen Gründer von



Foto: Bundesregierung / Steffen Kugler

Thorsten Frei

Nazis im Konzentrationslager umgebracht wurde, besorgen uns die verbalen und juristischen Angriffe autoritärer Kräfte auf die Organisationen der Zivilgesellschaft und NGOs schützen?

Glücklicherweise leben wir in einer wehrhaften und selbstbewussten Demokratie. Dank unseres Rechtsstaates gibt es keinen Grund, vor Anfeindungen zurückzuweichen. Gleichwohl müssen wir extremistische Kräfte genau im Blick behalten, die die Sorgen der Menschen ausnutzen wollen, um unsere Demokratie zu untergraben.

Wir können zur Genüge beobachten, dass die vermeintlichen Rezepte der Extremisten keine Lösungen bieten, sondern unserem Land Schaden würden. Wir müssen daher gemeinsam das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und seiner Institutionen wieder stärken, um so den Verführern den Boden zu entziehen.

Interview: Veronica Sina



Foto: Wolfgang Borrs

Michaela Engelmeier (2. v. re.) und Jutta König (li.) begrüßten in Berlin unter anderem die Antidiskriminierungsbeauftragte Ferda Ataman (3. v. re.) und Anja Weusthoff vom Deutschen Frauenrat.

Verband protestierte an zentralem Ort in Berlin

Für Entgeltgleichheit – SoVD am Hauptbahnhof

Zum Equal Pay Day („Tag der gleichen Bezahlung“) trug der SoVD den Protest in den Berliner Hauptbahnhof. In vielen Gesprächen prangerte die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier dort die weiterhin ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen an.

Der Equal Pay Day stellt den Tag dar, bis zu dem Frauen über das Ende des Vorjahres hinaus arbeiten müssen, um statistisch auf das gleiche Gehalt von Männern zu kommen. In diesem Jahr fiel dieser Tag auf den 27. Februar.

Die Ursachen dieser Benachteiligung sind vielfältig: Frauen sind etwa in besser bezahlten Berufen weiterhin unterrepräsentiert und machen seltener Karriere als Männer. Zudem unterbrechen oder reduzieren Frauen ihre Erwerbstätigkeit deutlich häufiger – meist, um Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen.



Foto: Wolfgang Borrs

Michaela Engelmeier verschaffte der SoVD-Forderung nach einer gleichen Bezahlung Gehör.

In Berlin forderte der SoVD, gleichwertige Arbeit auch gleich zu entlohnen – und das unabhängig vom Geschlecht. Hierzu diskutierte der Verband im Berliner Hauptbahnhof mit Vertreter*innen von Gewerkschaften, Verbänden und aus der Politik. Vor Ort waren unter anderem Anja Weusthoff (Deutscher Frauenrat), Alexander Nöhning (AWO-Bundesverband), Ferda Ataman (Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung) und Elke Hannack (DGB). jos

Bezüge steigen im Juli um mehr als vier Prozent

Deutliches Rentenplus

Diese Ankündigung des Bundesarbeitsministeriums überraschte: Zum 1. Juli dieses Jahres steigen die Renten um 4,24 Prozent. Damit fällt der Zuwachs höher aus, als noch im Herbst erwartet wurde.

Mit der vorgesehenen Erhöhung steigen die Renten nun wohl spürbar stärker als die Inflation. Die Verbraucherpreise lagen zu Jahresbeginn um 2,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Zudem halten die Bezüge der rund 21 Millionen Rentner*innen damit auch mit der Lohnentwicklung in Deutschland Schritt.

Von einer guten Nachricht sprach daher auch Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD). Sie sagte, ordentliche Renten seien kein Luxus, sondern eine Frage der Leistungsgerechtigkeit für die Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben. Aus dem gleichen Grund setzt sich der SoVD weiterhin für armutsfeste Renten und eine Anhebung des Rentenniveaus von 48 auf 53 Prozent ein. jos

Härtere Sanktionsmöglichkeiten für Jobcenter und mehr Mitwirkungspflichten

Einschnitte bei Grundsicherung

Die Regierung hat Verschärfungen bei der Grundsicherung beschlossen und ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Nach der Reform gibt es mehr Sanktionsmöglichkeiten für Jobcenter und härtere Regeln bei Wohnung und Vermögen. Der SoVD warnt vor den Folgen für Kinder.

Der Bundestag hat die Reform der Grundsicherung beschlossen – und damit auch das Ende des Begriffes „Bürgergeld“. Künftig heißt die Leistung „Grundsicherungsgeld“. Viele der neuen Regelungen sollen im Juli 2026 in Kraft treten und bringen für Leistungsbeziehende spürbare Veränderungen.

Dazu gehören schärfere Sanktionen. Bei nicht wahrgenommenen Terminen im Jobcenter erfolgen schneller Kürzungen. Nach drei versäumten Terminen ist eine vollständige Streichung des Regelsatzes möglich. Bleibt die Kooperation mit der Behörde weiterhin aus, kann das Jobcenter sogar die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung einstellen. Auch bei der Ablehnung von Jobangeboten drohen strengere Konsequenzen.

Änderungen gibt es auch bei den Wohnkosten. Die im Bürgergeld eingeführte, einjährige Karenzzeit entfällt. Künftig kann eine Prüfung der Angemessenheit sofort erfolgen. Menschen könnten dadurch gezwungen sein, rasch umzuziehen oder einen Teil ihres Regelsatzes für die Miete aufzuwenden. Für Familien mit Kindern können Jobcen-



Harald07 / Adobe Stock

Knapp zwei Millionen Kinder leben in Haushalten im Grundsicherungsbezug. Härtere Sanktionen treffen sie ganz besonders.

ter Wohnkosten im ersten Jahr zwar weiterhin übernehmen, verpflichtend ist das aber nicht.

Beim Schonvermögen gelten bald nach Alter gestaffelte Freibeträge. Unter 20-Jährige dürfen maximal 5.000 Euro besitzen, mit zunehmendem Alter steigt der Betrag auf bis zu 15.000 Euro für Menschen über 51 Jahre. Der SoVD kritisiert allerdings, dass für Beziehende der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung eine Grenze von 10.000 Euro gilt.

Der Verband befürchtet insgesamt Verschlechterungen für viele Betroffene, besonders für Kinder in Haushalten, die Grundsicherung beziehen. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier kritisiert zudem den Ton der Diskussion: „Wir müssen in der gesellschaftlichen Debatte endlich davon wegkommen, bestimmte Gruppen zu verunglimpfen und Millionen Menschen in Sippenhaft für eine geringe Zahl an schwarzen Schafen zu nehmen.“ str

Umfrage von SoVD und Partnern: Sozialstaat garantiert Zusammenhalt

Bündnis für starken Sozialstaat

Der deutsche Sozialstaat ist eine Erfolgsgeschichte. Doch in letzter Zeit steht er erheblich unter Druck. Der SoVD und andere Organisationen zeigen deshalb, wie viel Rückhalt er in der Bevölkerung hat. Michaela Engelmeier betont, dass der Sozialstaat eine Voraussetzung für die Demokratie sei.

Ein breites Bündnis aus 14 Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Umweltorganisationen unter Beteiligung des SoVD schloss sich für einen starken Sozialstaat zusammen. Die Allianz, die insgesamt mehr als 20 Millionen Mitglieder vertritt, stellte eine von ihr in Auftrag gegebenen Umfrage zum Sozialstaat im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin vor.

Die Umfrage zeigt, dass 79 Prozent der Befragten einen leistungsfähigen Sozialstaat als wichtigen Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehen. Fast drei Viertel sprechen sich zudem dafür aus, sehr hohe Vermögen stärker zur Finanzierung heranzuziehen.

Zu den Forderungen des Bündnisses um den SoVD gehören starke, solidarisch finanzierte Sozialversicherungen, ein handlungsfähiger Staat in



Foto: Quang Paasch

Eva Maria Welskop-Deffaa (Caritas), Verena Graichen (BUND), Frank Werneke (ver.di), Verena Bentele (vdk) und Michaela Engelmeier.

Bund, Ländern und Kommunen sowie bessere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung. Außerdem will das Bündnis Armut wirksam bekämpfen, Teilhabe stärken und Klimaschutz sozial gerecht gestalten.

Für die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier ist klar: „Der Sozialstaat ist eine zentrale Voraussetzung für sozialen Frieden und für das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie.“ str

Kompromiss zum Umbau der Krankenhauslandschaft erneut gefährdet

Nachbesserungen an Reform

Seit Langem streiten Bund und Länder über die Details der Krankenhausreform. Auf den Weg gebracht hatte diese der damalige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Ein Kompromiss sieht jetzt diverse Ausnahmeregelungen, längere Fristen und höhere Zuwendungen des Bundes vor.

Lauterbachs Abkehr von den sogenannten Fallpauschalen sollte dazu führen, dass Krankenhäuser künftig nicht mehr nur Geld für einzelne Behandlungen erhalten, sondern auch dafür, dass sie Personal und Geräte vorhalten. Um eine höhere Qualität der Versorgung zu erreichen, sollen sich Kliniken zudem stärker spezialisieren, wofür sie wiederum Vorgaben erfüllen müssen. Es ist absehbar, dass dieser Prozess viele Einrichtungen vor Herausforderungen stellt und letztlich auch zu Umbrüchen führen wird.



Foto: Carmen/Adobe Stock

Anfang März verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, durch das die Bundesländer für die Umsetzung der Reform mehr Zeit und mehr Geld bekommen würden. Erlaubt wären zudem weitere Ausnahmen von den Qualitätsvorgaben zur Anzahl von Facharzt*innen oder Pflegepersonal.

Allerdings war bis zuletzt fraglich, ob dieser zwischen Bund und Ländern gefundene Kompromiss auch die Zustimmung

Nachdem die Reform nun erneut reformiert werden soll, fragen sich wohl auch viele im Krankenhaus Beschäftigte, wie es weitergeht.

des Bundesrates finden wird. Dort stand das Krankenhausreformsanpassungsgesetz (KHAG) für den 27. März auf der Tagesordnung. Bereits im Vorfeld der Abstimmung hatten einzelne Bundesländer ihre Ablehnung signalisiert, da die Regelung ihren spezifischen Versorgungsstrukturen nicht ausreichend Rechnung trage.

Sollte das KHAG im Bundesrat scheitern, müsste der Vermittlungsausschuss tätig werden. Dies würde den Prozess jedoch weiter verlangsamen. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) signalisierte bereits Entgegenkommen. *jos Eine Stellungnahme des SoVD mit weiteren Details finden Sie online unter: www.sovd.de/khag.*

Bundesregierung stellt mehr Geld in Aussicht

Apotheken drängen auf höhere Honorare

Die Bundesregierung möchte Impfungen in Apotheken möglich machen. Zudem soll das pro Medikament gezahlte Honorar steigen. Wiederholt hatte die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände vor allem auf den zweiten Punkt gedrängt und gewarnt, es käme andernfalls vermehrt zur Schließung von Apotheken.

Ein aktueller Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Befugnisse von Apotheker*innen zu erweitern. Diese könnten dann zum Beispiel Impfungen durchführen oder verschreibungspflichtige Arzneimittel ohne ärztliche Verordnung abgeben. Trotz dieser zusätzlichen Einnahmequellen schlug die zuständige Landesvertretung Alarm: Die wirtschaftliche Grundlage vieler Betriebe sei zunehmend gefährdet.

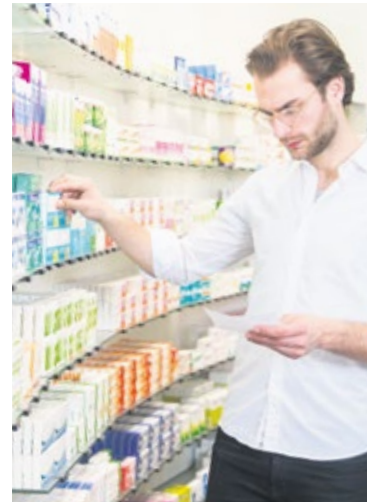


Foto: benjaminmolte/Adobe Stock

Tatsächlich hatten Union und SPD bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, das sogenannte Fixum anzuheben. Gemeint ist damit ein fester Betrag, den Apotheker*innen für jedes abgegebene Medikament erhalten. Gegen eine solche pauschale Erhöhung regt sich angesichts fehlender Ressourcen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) allerdings auch Widerstand. Denn davon, so die Überzeugung des GKV-Spitzenverbandes, würden vor allem umsatzstarke Filialen und der Online-Handel profitieren. Wichtiger sei es dagegen, gezielt Apotheken in strukturschwachen Regionen zu unterstützen. *jos*

Der Betrag für jede abgegebene Packung könnte von 8,35 Euro auf 9,50 Euro steigen.

Perspektiven zur Rente – Erfahrungen und Meinungen der Leser*innen aus der Umfrage im März

„Ohne Hilfe hätte ich es nicht geschafft“

Zum Titelthema der März-Ausgabe, „Demografiedebatte ist überzogen“, fragte die SoVD-Zeitung ihre Leser*innen: „Was kommt Ihnen in den Sinn, wenn Sie an Ihre Rente denken?“ – Viele schilderten dazu ihre Sicht und Erfahrungen. Aus Platzgründen lassen sich nicht alle Zuschriften veröffentlichen. Einige davon lesen Sie in Auszügen hier sowie in voller Länge unter: www.sovd.de/ihre-meinung.

„Unser Rentensystem ist eine Zumutung“, meint Monika Theis. „Ich bekomme eine Witwen-, eine eigene Rente und eine kleine spanische Rente. Ich muss von allen drei Renten [...] Krankenkasse, Pflegegeld und Zusatzkosten bezahlen. [...] Wir Frauen müssen so schon mit viel weniger Rente auskommen. Gerecht ist was anderes.“

Schlechter Lebensstandard, Probleme im System

Senta Kruss berichtet: „Habe 47 Jahre gearbeitet und könnte von der bescheidenen Rente

meinen Lebensunterhalt nicht bestreiten – wenn ich die Witwenrente von meinem verstorbenen Ehemann nicht hätte. [...] Wir Rentner werden in diesem Land gleichgültig und schlecht behandelt. Noch nicht einmal das Deutschlandticket erhalten wir für einen akzeptablen Preis.“

Frank Teubert konnte nicht mehr als Industriemeister und Mechatroniker arbeiten. Mit 64 Jahren ist er seit einer Umschulung Erzieher: „Ich muss noch drei Jahre arbeiten, damit ich eine Rente erhalte, die deutlich unter 2.000 Euro netto liegt. Ich

musste mir eine private Altersrente vorab auszahlen lassen, um der Preisentwicklung Energie und Lebensmittel entgegenwirken zu können. Damit möchte ich zeigen, dass in unserem System etwas nicht stimmt. [...] Ich habe Fachhochschulreife, Abitur, Meisterqualifikation und zwei weitere Berufsabschlüsse, mit denen ich halb so viel Rente erhalte wie mein Vater mit Hauptschulabschluss und zwei Lehrberufen. [...] Die Lebensprognosen meiner Eltern, sei fleißig, dann erreichst du etwas in deinem Leben, haben sich für mich nicht erfüllt.“

Finanzlöcher und komplexe Anträge: Reformen nötig?

Rainer Willimzig ist dankbar für Hilfe vom SoVD. Er informiert sich in der Verbandszeitung, und beim Rentenantrag 2024 unterstützte ihn das Sozialrechtsberatungszentrum Köln: „Alleine und ohne professionelle Hilfe hätte ich es nicht geschafft. [...] Ich hätte den Durchblick nicht gehabt, wäre in Fallstricke ge-



Grafik: SoVD

Zur Rente konnte man Schlagworte nennen. Häufige Begriffe waren dabei „(Alters-)Armut“, „ungerecht“, „Angst“ und „Unsicherheit“.

rannt und hätte falsche Weichen gestellt. Der Prozess der Beantragung ist viel zu kompliziert.“ Heute macht ihm „die politische Lage Angst und die teils wichtigen, oft aufgeheizten Fragen zur Rente. Ein Rentensystem, was reformiert werden soll, alte Generationen, die auf einmal nach Jahrzehnten Arbeit sich als Schmarotzer fühlen und junge Menschen, die zu Recht um deren Rente fürchten [...] Dazu der Rat hochbezahlter Politiker, als junger Mensch für die Rente zu sparen. Ein Schlag ins Gesicht derer, die viel arbeiten [...] und kaum über die Runden kommen.“

Werner Schneider fordert eine Rentenreform: „Alle Menschen, die einer Arbeit gegen Bezah-

lung nachgehen, wie Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige, Politiker, sind nicht auszusortieren nach ‚ich bin besser und brauche nicht einzahlen‘ [...]“

Olaf Gaebert schildert Probleme als Rentner in Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung (SGB XII). Zu den Lebenshaltungskosten, wobei Strom und Telefon im Regelsatz fehlen, kämen weitere Kosten. Sage er Physiotherapie zu knapp ab, gelte null Kulanz: „Berechne [...] die Finanzmöglichkeiten eines grundgesicherten Rentners [...], von dieser Summe zieht man die Strafzahlung für Nichterscheinen bei einem Behandlungstermin ab. Das eröffnet [...] Verelendungsqualitäten.“ *ele*

www.sovd.de/ihre-meinung



Foto: Robert Kneschke/Adobe Stock

Leichtere Anträge und Wegfall von Konsiliarbericht

Weniger Bürokratie bei der Psychotherapie

Für Psychotherapeut*innen und ihre Patient*innen sollen bürokratische Pflichten wegfallen. Geplant ist, das Antragsverfahren für Kurzzeitpsychotherapie zu bündeln und bei einer Überweisung auf den sogenannten Konsiliarbericht zu verzichten.

Das Bundesgesundheitsministerium will Bürokratie in der Psychotherapie abbauen. Ziel ist es, den Zugang zur Psychotherapie zu erleichtern und Praxen spürbar zu entlasten.

Kernpunkte des Vorhabens sind die Abschaffung des bislang zweistufigen Antragsverfahrens für Kurzzeittherapien sowie der Wegfall des sogenannten Konsiliarberichts in bestimmten Fällen. Dieser Bericht, der bislang zur Abklärung körperlicher Ursachen psychischer Beschwerden erforderlich ist, soll künftig entfallen, wenn Patient*innen bereits mit einer ärztlichen Überweisung oder aus einer Klinik kommen.

Die Bundespsychotherapeutenkammer begrüßt die Pläne ausdrücklich. Präsidentin Andrea Benecke sieht darin einen wichtigen Schritt, um Doppeluntersuchungen zu vermeiden und unnötige Ärzt*innenkontakte abzubauen. Auch die Deutsche Psychotherapeutenvereinigung betont, dass insbesondere der Konsiliarbericht bislang eine Hürde darstelle und den Therapiebeginn oft um Wochen verzögere.

Zustimmung kommt auch vom Hausärztinnen- und Hausärzteverband – allerdings mit Einschränkungen. Er drängt darauf, dass eine Abklärung körperlicher Ursachen weiterhin gewährleistet bleiben müsse, insbesondere wenn Patient*innen ohne Überweisung eine psychotherapeutische Praxis aufsuchen. str



Foto: LIGHTFIELD STUDIOS / Adobe Stock

Für eine Kurzzeittherapie mit bis zu 24 Einheiten soll künftig ein einziger Antrag ausreichen.

Immer mehr können Pflegekosten nicht selbst zahlen

Jede*r Dritte im Heim bekommt Sozialhilfe

Laut einer Untersuchung der Krankenkasse DAK erhalten 37 Prozent aller Pflegeheimbewohnenden Hilfe zur Pflege, weil sie die Eigenanteile nicht selbst aufbringen können. Ohne Reformen wird diese Quote bald auf über 40 Prozent steigen, so das Gutachten.

Die Eigenanteile in der Pflege steigen weiter – und ein immer größerer Teil der Pflegebedürftigen ist dadurch finanziell überfordert.

Der Gesundheitsökonom Prof. Dr. Heinz Rothgang ermittelte im Auftrag der DAK-Gesundheit eine Sozialhilfequote in Pflegeheimen von 37 Prozent in diesem Jahr. Nach seiner Prognose klettert die Zahl der Sozialhilfeempfänger*innen nach geltendem Recht im Jahr 2032 auf eine Quote von 40,4 Prozent und steuert bis 2035 auf knapp 43 Prozent zu

Die Politik hat mehrfach angekündigt, die Eigenanteile zu begrenzen. Bisher steigen diese jedoch jedes Jahr. Aktuell liegt der monatliche Eigenanteil in der stationären Pflege im ersten Jahr bei durchschnittlich über 3.200 Euro. Zur Entlastung schlägt der SoVD eine Pflegevollversicherung oder im ersten Schritt eine Deckelung der Pflegekosten vor. str



Foto: Photographee.eu / Adobe Stock

Ohne staatliche Hilfe ist die Pflege für viele unbezahlbar.

Studie der Bertelsmann Stiftung über mögliche Entlastung von Hausärzt*innen

Aufgaben in der Praxis verteilen

Um den Ärzt*innenmangel zu bekämpfen, könnten Praxisassistent*innen Routineaufgaben übernehmen. Die Ärzt*innen hätten dann mehr Zeit für Diagnose und Beratungsgespräche. Eine Untersuchung zeigt anhand zweier Praxen in Deutschland, wie das Modell funktionieren könnte.

Der Mangel an Hausärzt*innen ist immer wieder Thema in der Gesundheitspolitik. Mit dem stärkeren Fokus auf der Primärversorgung dürfte die Bedeutung der hausärztlichen Praxen sogar noch zunehmen. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt einen Weg auf, den Mangel zu lindern, ohne zusätzliche Ärzt*innen zu brauchen. Ihr zufolge kann eine Aufgabenverlagerung innerhalb der Praxisteam die Versorgung stabilisieren.

Kern des Modells ist der Einsatz speziell qualifizierter Gesundheitsfachkräfte wie Praxisassistent*innen. Sie sollen künftig vermehrt Routineaufgaben übernehmen; dazu zählen Kontrolluntersuchungen bei chronischen Erkrankungen, Wundversorgung oder diagnostische Verfahren. Hausärzt*innen hätten dadurch mehr Zeit für Diagnosen und Beratungsgespräche. So ließen sich bis zu 65 Prozent der ärztlichen Arbeitszeit einsparen.

Angesichts von derzeit rund 5.000 unbesetzten Praxissitzen und einer prognostizierten Lücke von insgesamt 8.200 Stellen bis 2030 sehen die



Foto: Alexander Rath / Adobe Stock

Die Kontrolle des Blutdrucks gehört zu den Aufgaben, die Praxisassistent*innen übernehmen könnten.

Autor*innen darin einen zentralen Hebel. Schon etwa 12.000 entsprechend qualifizierte Assistenzkräfte könnten demnach helfen, die Versorgungslücke weitgehend zu schließen.

International ist die Arbeit in multiprofessionellen Teams längst etabliert, etwa in Kanada oder Finnland. In Deutschland gibt es ebenfalls Planungen. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) kündigte an, dass das Berufsbild „Advanced Practice Nurse“, oder

künftig „Gesundheits- und Pflegeexpert*innen“, im Rahmen des Primärversorgungssystems auch hierzulande eingeführt werden sollen.

Die Studie greift Erfahrungen von zwei Praxisbeispielen in Baden-Württemberg und Niedersachsen auf. Dort ergab eine Befragung, dass die Patient*innen fast identische Zufriedenheitswerte aufwiesen, unabhängig davon, ob ein*e Ärzt*in oder ein*e Praxisassistent*in sie betreute. str

Große Herausforderung für Patient*innen, Angehörige und medizinisches Personal

Mit Demenz im Krankenhaus

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft warnt vor einem wachsenden Problem: Immer öfter sind Krankenhauspatient*innen auch an Demenz erkrankt, nicht immer wird das erkannt. Für Angehörige und das Krankenhauspersonal gibt es Hinweise zum Umgang mit dieser Situation.

Rund die Hälfte der Patient*innen in Krankenhäusern ist älter als 60 Jahre, etwa zwölf Prozent leben mit einer Demenzerkrankung. Bei der Aufnahme erscheint Demenz häufig nur als Nebendiagnose. Nicht selten bleibt sie zunächst sogar unerkant oder wird erst während des Aufenthalts festgestellt.

Für Erkrankte bedeutet der Klinikalltag oft Stress. Dann kann Krankheitseinsicht fehlen, sowie die Fähigkeit, Beschwerden zu äußern oder bei Behandlungen mitzuwirken. Auch Essen und Trinken sind mitunter eine Herausforderung.

Eine enge Begleitung kann die Situation stabilisieren. Wichtig ist, das Klinikpersonal frühzeitig über die Demenzerkrankung und typische Verhaltensweisen zu informieren. Regelmäßige Besuche durch vertraute Personen wirken beruhigend. In Einzelfäl-



Foto: highwaystar / Adobe Stock

Besuche von Angehörigen können Demenzerkrankten Struktur und Vertrautheit geben.

len kann auch eine Übernachtung im Krankenhaus möglich sein. Zudem sollte das medizinische Personal auf Veränderungen des Zustands aufmerksam gemacht werden. Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft bietet

auf www.deutsche-alzheimer.de die Broschüre „Patienten mit einer Demenz im Krankenhaus“ zum Download an. Sie richtet sich an Klinikbeschäftigte und gibt Tipps zum Umgang mit Demenzerkrankten. str

Kürzungen in der Eingliederungshilfe – SoVD: Kahlschlag bei Inklusion verhindern!

Heizungsgesetz-Reform: gut für Mensch und Klima?

Teilhabe ist kein Sparposten

Bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen drohen Leistungskürzungen. Solche Pläne kritisiert der SoVD massiv und warnt vor einem Kahlschlag bei der Teilhabe. Denn die ist ein Grundrecht – kein Luxus oder nettes Entgegenkommen des Staates, woran man bei Bedarf sparen kann.

In der Debatte um angeblich ausufernde Sozialausgaben vermitteln Politiker*innen – gerade auch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) –, der Sozialstaat sei zu teuer und „nicht mehr finanzierbar“. Auf den Prüfstand soll auch die Eingliederungshilfe (EGH), weil deren Kosten steigen.

Der SoVD stellt klar: Das greift zu kurz und ist gefährlich. Zwar sind die Ausgaben wirklich gestiegen; doch vor allem wegen höherer Lebenserwartung von Menschen mit Behinderungen und massiver Preissteigerungen. Wer daraus schließt, man müsse Leistungen kürzen, verkennt deren Kern – und nimmt soziale Einschnitte bewusst in Kauf.

Leistung ist ein Grundrecht

„Menschen mit Behinderungen dürfen nicht zum Steinbruch der Haushaltspolitik werden! Teilhabe ist ein Grundrecht, und Grundrechte stehen nicht unter Haushaltsvorbehalt“, so SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. „Hier geht es nicht um Luxus oder Sonderrechte. Es geht um elementare Teilhabe: um Bildung, um Wohnen, um Unterstützung im Alltag. Wer hier kürzt, greift das Recht auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe frontal an.“

Die seit 2020 im Sozialgesetzbuch (SGB) IX verankerte EGH ist kein freiwilliges Entgegenkommen des Staates, sondern eine Pflicht – aus dem Grundgesetz und der UN-Behindertenrechtskonvention.



Photographieu./Adobe Stock

Eingliederungshilfe sichert das Grundrecht auf Teilhabe. Kindern mit Behinderungen ermöglicht sie etwa eine Schulbegleitung.

Sie sichert Millionen Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Jeder Einschnitt höhlt ihre Rechte aus.

„Einsparpotenziale liegen nicht bei den Leistungsberechtigten, sondern im System selbst. Wer ernsthaft sparen will, muss die Verwaltungsverfahren vereinfachen, überbordende Bürokratie abbauen und komplizierte Doppelstrukturen abschaffen“, sagte Engelmeier.

SoVD bekämpft Kürzungen

Kritik hat der SoVD auch am Reformprozess. Im September starteten Bund, Länder und Kommunen einen Dialog, um Sparpotenziale zu prüfen – ohne die Behindertenverbände. Erst am 24. Februar lud das Bundesministerium für Arbeit und Sozi-

ales sie zum „ersten Austausch“ darüber ein. Danach war aber unklar, was ohne Leistungskürzungen die Kosten senken soll.

Der SoVD warnt davor, die Reformdebatte zur Sparrunde auf dem Rücken der Betroffenen zu machen. Gegen jede Form von Kürzung wird er kämpfen. *ele*



Eingliederungshilfe nach SGB IX gibt es auf Antrag als Sach-, Geld- oder Dienstleistung. Dazu gehören etwa medizinische Reha, Leistungen zur Beschäftigung, sozialen Teilhabe (wie Mobilität, Assistenz im Alltag, Hilfe beim Wohnen) oder Bildung. Eine SoVD-Sozialberatung vor Ort kann klären, was passt.

Mieter*innen drohen einseitige Kosten

Die Bundesregierung plant laut Eckpunktepapier, das erst seit 2024 geltende Gebäudeenergiegesetz (GEG), „Heizungsgesetz“ genannt, durch ein Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) zu ersetzen. Für den SoVD sichert die Reform weder Soziales noch die Wärmewende.

CDU/CSU und SPD wollen Verbote bestimmter Heizungsarten streichen und die „65-Prozent-Regel“ abschaffen. Die besagt, dass neue Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien laufen müssen; etwa durch Wärmepumpen, Biomasse oder Hybridlösungen. Künftig sollen in Bestandsgebäuden auch wieder neue Öl- und Gasheizungen ohne diese Vorgabe erlaubt sein. Dafür kommt hier eine „Bio-Treppe“: ab 2029 zehn Prozent klimafreundliche Brennstoffe, stufenweise steigend. 2028 soll eine Grün-gas- und Grünölquote greifen.

Förderung für klimafreundliche Heizungsarten soll es bis mindestens 2029 weiter geben. Das begrüßt der SoVD, fordert aber langfristiges Fördern – und faire Regeln: „Beim Mieterschutz bleiben entscheidende Fragen offen“, so Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. Unklar ist, was verhindert, dass die Kosten der Wärmewende allein die Mieter*innen tragen. Engelmeier erklärt: „Wenn Vermieter Modernisierungskosten weitergeben und dadurch die Kaltmiete deutlich höher ausfällt, geraten viele Haushalte trotz möglicher Energieeinsparungen unter Druck.“ Grenzen seien nötig. Die Modernisierungsumlage gilt bisher unbegrenzt, auch zeitlich – sogar, wenn die Heizung längst refinanziert ist.

Der SoVD meint: Klimaschutz und Soziales darf man nicht gegeneinander ausspielen! Bezahlbares Wohnen ist stets mitzudenken. „Die Wärmewende ist notwendig“, so Engelmeier. „Aber sie darf nicht dazu führen, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ihre Wohnung verlieren oder finanziell überfordert werden.“ Gerade sie wohnen oft in unsanierten Bauten.

Klimapolitisch ist die Reform aus SoVD-Sicht ein Rückschritt. Weniger Abhängigkeit von Importen fossiler Energie drängt, und die Ziele des Klimaschutzgesetzes sind zu erfüllen. Es soll Emissionen verringern: bis 2030 um 65 Prozent (gegenüber 1990), bis 2045 zur Klimaneutralität. Wie das so klappen soll, ist fraglich. *ele*



Foto: Lazy Bear / Adobe Stock

Den Einbau neuer Heizungen legen Vermieter*innen meist um.

SoVD im Gespräch

Gebäude sozial gerecht sanieren

Mit Dr. Andreas Audretsch, MdB (Bündnis 90 / Die Grünen), sprach SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier im März über das geplante Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG, ehemals Gebäudeenergie-/Heizungsgesetz) und über Mieter*innenschutz. Audretsch ist stellv. Fraktionsvorsitzender für die Themen Arbeit und Soziales, Finanzen, Haushalt und Wirtschaft sowie Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Sie diskutierten, wie Gebäude sozial gerecht sanierbar sind.

Für den SoVD ist klar: Klimaschutz ist nötig, darf aber keine Kostenfalle sein. Das GMG-Papier sieht er als klimapolitischen Rückschritt und sozial ungerecht an. Steigende Heizkosten und Modernisierungsumlagen treffen gerade Menschen mit niedrigen Einkommen, Rentner*innen und Menschen mit Behinderungen. Das erfordert starken Schutz für Mieter*innen (*mehr s. oben*).

Regeln gegen Barrieren jetzt voranbringen

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf am 10. März auch Hubert Hüppe, den

Bundesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU und ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Der Dialog fand im Erich-Kuttner-Haus statt, der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin.

Es ging unter anderem um die Kritik des SoVD am aktuellen Entwurf zum Behindertengleichstellungsgesetz. Aus Sicht des Verbandes enthält er noch zu viele Ausnahmen und regelt Barrierefreiheit nicht verbindlich genug, insbesondere in der Privatwirtschaft. Außerdem sprach man miteinander über die Zukunft der gesetzlichen Rente – mit dem Ziel, das Rentenniveau zu stärken und die Alterssicherung langfristig solidarisch weiterzuentwickeln.



Foto: SoVD

Tauschten sich zu Barrierefreiheit und Rente aus, v. li.: SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, SoVD-Referentin Anieke Fimmen und Hubert Hüppe, Bundesvorsitzender der Senioren-Union.



Personalien

Gabriele Katzmarek ist ab dem 1. März neue Landesvorsitzende in Baden-Württemberg.

Die langjährige Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion bringt viel sozial- und finanzpolitische Erfahrung in den SoVD ein: für soziale Gerechtigkeit, starke Sicherungssysteme und Interessenvertretung.



Achim Spitzlei, Mitglied des Verbandsrates und der Bundeskonferenz sowie Niedersachsens 2. Landesverbandsratsvorsitzender, wird am 11. April 70.

Vor der Verbandsreform war er langjährig im Bundesvorstand und 2. Landesvorsitzender. Seit 2002 im SoVD, ist Spitzlei 1. Vorsitzender im Kreisverband Celle und Ortsverband Wietzenbruch.



Alfred Bornhalm feiert am 22. April seinen 75. Geburtstag. Der stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbandsrates und Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein war vorher im Bundesvorstand und 2023 Präsident.

2017 bis 2020 leitete Bornhalm den Sozialpolitischen Ausschuss des Landesverbandes. Schon lange ist er Kieler Kreisvorsitzender.



In Praxis oder Klinik bleiben Konflikte nicht aus

Schlecht behandelt – was kann man tun?

Wie heißt es: „Wo gearbeitet wird, passieren Fehler.“ Doch diese volkstümliche Weisheit allein entschuldigt keine Pflichtverstöße bei einer medizinischen Behandlung. Denn deren Folgen bekommen in erster Linie die Patient*innen zu spüren.

Wird die Einsicht in Behandlungsunterlagen verweigert oder vor der Operation nicht über Risiken aufgeklärt, dann ist Kritik durchaus angebracht. Dabei empfiehlt sich zunächst einmal das persönliche Gespräch. Lässt sich das Problem auf diesem Weg nicht aus der Welt schaffen, ist eine weitergehende Beratung sinnvoll. Diese gibt es bei der zuständigen Krankenkasse, den Verbraucherzentralen oder der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD).

Wollen Betroffene bei gravierenden Konflikten tatsächlich den Weg einer offiziellen Beschwerde gehen, sollten sie vorab ein Gedächtnisprotokoll anfertigen und zudem alle relevanten Informationen parat haben. Für die weitere Klärung müssen sie die beschuldigten Ärzt*innen außerdem von der Schweigepflicht entbinden. *jos/dpa*

Falls Sie Fragen zu Problemen oder Behandlungsfehlern haben, können Sie sich an das kostenfreie Beratungstelefon der Stiftung UPD wenden. Dieses erreichen Sie unter Tel.: 0800/011 77 22.



Foto: Graphicroyalty / Adobe Stock

Gegen fehlende Informationen und unzureichende Aufklärung hilft hartnäckiges Nachfragen.

Verein „Tausche Bildung für Wohnen“ zeigt jungen Menschen Alternativen auf

Ehrenamt bietet Orientierung

Nicht immer haben junge Erwachsene konkrete Pläne, wie es für sie nach der Schule weitergeht. Für Klarheit kann dabei unter anderem ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) sorgen. Wer sich als Bildungspat*in beim Verein „Tausche Bildung für Wohnen“ bewirbt, erhält zudem noch eine kostenlose Unterkunft.

Ob Ausbildung oder Studium, so manches Mal stellt sich der eingeschlagene Weg als falsch heraus. Aktuell verlässt zum Beispiel mehr als jede*r vierte Studierende die Hochschule ohne Abschluss. Und obwohl die Betroffenen sich beruflich komplett neu orientieren müssen, mangelt es hierfür im universitären System vielfach an Beratung und Unterstützung.

Unterstützung bei einem unbelasteten Neubeginn

Das will der gemeinnützige Verein „Tausche Bildung für Wohnen“ so nicht hinnehmen. Anstatt den Studienabbruch als individuelles Scheitern zu betrachten, sieht man darin vielmehr die Chance zu einem Neustart. In dieser persönlich wie auch finanziell von Unsicherheit geprägten Phase steht der Verein den jungen Erwachsenen hilfreich zu Seite.

Diese Erfahrung machte auch Yorva Wahl aus Berlin. Über einen Bericht wurde Wahl auf das Modell des Vereins aufmerksam, das einen Bundesfreiwilligendienst in der Bildungsarbeit mit einer gesicherten Unter-



Foto: Sabine Engels / Tausche Bildung für Wohnen e. V.

Der Bundesfreiwilligendienst bei „Tausche Bildung für Wohnen“ gab Yorva Wahl neue Impulse für die eigene berufliche Zukunft.

kunft verbindet. Wahl sagt, die Kombination aus kostenfreier Wohnung und der Arbeit mit Kindern sei die perfekte Gelegenheit gewesen.

Ein unverstellter Blick auf die eigene Zukunft

Yorva Wahl zog damals nach Hamburg und besuchte parallel zu der neuen Tätigkeit als angehende Bildungspat*in Mentorings und Seminare. Dieses Jahr beschreibt Wahl rückbli-

ckend als einen überaus wichtigen Orientierungsraum, in dem eine Neuorientierung in einem sicheren Rahmen möglich war. In einer offenen Lebensphase bot der Verein durch die Tätigkeit an sich sowie durch pädagogische Unterstützung und eine gesicherte Wohnsituation verlässlichen Halt. *jos*

Weitere Informationen zu dem Verein „Tausche Bildung für Wohnen“ finden Sie online unter: www.tauschebildung.org.

Bei der Suche nach Gesundheitsinformationen im Internet ist Vorsicht geboten

Verlässliche Online-Auskunft

Bei gesundheitlichen Beschwerden befragen rund 60 Prozent der Deutschen zuerst einmal das Internet. Das ergab jetzt eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des AOK-Bundesverbandes. Ganz oben auf der Suchliste stehen Diagnosen, Nebenwirkungen von Medikamenten und Tipps für ein gesünderes Leben. Wie zuverlässig die gefundenen Informationen sind, ist allerdings zweifelhaft.

Wer mit Blick auf die eigene Gesundheit online nach Hilfe sucht, wird sehr schnell fündig – schlauer wird man angesichts der großen Menge an Informationen dabei jedoch nicht unbedingt. Häufig tritt sogar eher das Gegenteil ein, und die Flut an Auskünften überfordert. Laut AOK-Studie fühlt sich mehr als jede*r Zweite durch die erhaltenen Suchergebnisse verunsichert. Ebenso viele Menschen empfinden die Aussagen im weltweiten Netz als widersprüchlich und zweifeln deren Richtigkeit an.

Damit einen die Onlinesuche weiterbringt, sollte man sich bewusst machen, dass hinter vielen Informationen wirtschaftliche Interessen stecken. Das ist meist der Fall, wenn im Text Produkte genannt werden, die Linderung versprechen. Im Folgenden finden Sie daher zwei Portale, denen Sie vertrauen können.



Foto: brizmaker / Adobe Stock

Das Internet bietet unbegrenzte Auskünfte an. Wenn es um die eigene Gesundheit geht, sollte man diese jedoch hinterfragen.

Wissenswerte Details zu individuellen Gesundheitsleistungen finden sich online unter: www.igel-monitor.de. Wer Infos aus zuverlässiger und unabhängiger Quelle möchte, geht hierfür am besten auf die In-

ternetseite: www.gesund.bund.de. Dort lässt sich auch direkt nach Apotheken, Kliniken oder der nächstgelegenen ärztlichen Praxis suchen. Und nur bei diesen erhält man letztlich eine gesicherte Diagnose. *jos*

Dankbarkeit von Transplantierten – Trost für Familien der Spender*innen

Briefe nach einer Organspende

Wer nach seinem Tod Organe spendet, kann damit das Leben anderer retten, manchmal in letzter Sekunde. Im vergangenen Jahr taten das 985 Menschen in Deutschland. Für die Empfänger*innen und ihre Familien folgt damit auf eine Zeit zwischen Hoffen und Bangen oft große Dankbarkeit. Sie haben die Möglichkeit, der anderen Familie anonym zu schreiben – ein emotionaler Austausch für beide Seiten.

Organspende ist anonym. Weder erfahren Empfänger*innen die Identität der Spender*innen noch können umgekehrt deren Angehörige fragen oder gar bestimmen, wer das Organ erhält.

Nach erfolgreicher Transplantation wünschen sich aber viele Patient*innen, etwas über den Menschen zu wissen, der ihnen ihr „zweites Leben“ geschenkt hat, und sind zutiefst dankbar. Seit April 2019 ist gesetzlich geregelt, wie sie das ausdrücken können: mit einem anonymen Dankesbrief über die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO). Sie leitet den Brief an die Hinterbliebenen weiter. Diese können dann auch zurückschreiben. Beide Seiten müssen vorher zustimmen.

Einige der persönlichen Briefe sind auf www.dankesbriefe-organspende.de veröffentlicht. „Nur durch Ihre lebensrettende, selbstlose Entscheidung hat unsere Tochter eine Zukunft“, dankt etwa die Familie eines Kleinkindes für die Leberspende. „Bei



Foto: Соња Монштейн / Adobe Stock

Mit anonymer Post können transplantierte Patient*innen sich bei den Familien der Spender*innen bedanken. Oft kommt Antwort.

meinem Herzmenschen, wie ich meinen Spender bei mir nenne, kann ich mich nicht mehr bedanken“, schreibt jemand, „liebe Spenderfamilie, danke für das Geschenk meines Lebens.“

Teils dauert es Jahre, bis Betroffene sich melden. Ein Lungentransplantierte erklärt: „Das war sehr schwer, Leid und

Glück liegen so eng beieinander.“ Dabei hoffen viele Angehörige auf solche Post. „Es war wie ein kleiner Gruß von meiner Mama“, berichtet eine 27-Jährige bei einer DSO-Veranstaltung. Das sei „eine ganz besondere Beziehung mit dieser Person. Man spürt Verbundenheit, obwohl man sich nicht kennt.“ *ele*

Vorstandsmitglied der SoVD-Jugend testet bundesweit Stadien auf Barrierefreiheit

Vorbildcharakter für die Liga

Eintracht Braunschweig kämpft in den letzten Jahren vor allem um den Klassenerhalt. Wo es sportlich nicht ganz so rosig aussieht, ist dafür die Barrierefreiheit vielen anderen Standorten weit voraus. Davon konnte Tyll-Niklas Reinisch sich im März 2024 beim Spiel gegen die SV Elversberg überzeugen.

Eine der ersten Stationen des Stadionchecks führte mich in das Eintracht-Stadion in Braunschweig – ein Traditionsort mit viel Fußballleidenschaft. Schon bei der Vorbereitung fiel mir vieles positiv auf: Informationen für Fans mit Behinderungen sind gut auffindbar, die Ticketvergabe ist, zum ersten Mal in diesem Projekt, über das „reguläre“ Ticketing gleichberechtigt kaufbar und der Kontakt zum Verein offen und hilfsbereit.

Am Spieltag selbst bestätigte sich dieser Eindruck. Die Rollstuhlplätze bieten eine gute Sicht auf das Spielfeld, einen guten Service und Nähe zur Begleitperson. Gerade dieses Detail ist für ein echtes Stadionerlebnis entscheidend. Besonders bemerkenswert war der Umgang vor Ort. Ordner*innen, die Fanbetreuung sowie Mitarbeitende des Vereins begegneten Fans mit Behinderungen selbstverständlich und unterstützend.

Barrierefreiheit zeigt sich eben nicht nur in Rampen oder Aufzügen, sondern auch in Hal-



Foto: Tyll-Niklas Reinisch

Eintracht Braunschweig bietet Fans im Rollstuhl ein positives Stadionerlebnis – und gewann das Spiel gegen Elversberg 5:0.

tung und Service. Natürlich gibt es auch in Braunschweig noch Verbesserungsmöglichkeiten, etwa bei der Orientierung rund um das Stadion. Insgesamt bleibt jedoch ein positives Bild:

Der Verein zeigt, dass Teilhabe im Fußball möglich ist, wenn man sie ernst nimmt. Mein Fazit fällt deshalb bewusst augenzwinkernd aus: „Zu gut für

Liga 3 – und vielleicht auch für Liga 2.“ Gemeint ist damit nicht nur der sportliche Anspruch des Vereins, sondern auch der Umgang mit Barrierefreiheit.

Nach insgesamt 27 Stadionbesuchen bleibt mir der Aufenthalt in Braunschweig positiv in Erinnerung. In meiner Barrierefreiheit-Tabelle liegt der Club auf Platz 4. *Tyll-Niklas Reinisch*

SoVD fordert Ende versicherungsfremder Leistungen

Pflegeversicherung nur dank Darlehen im Plus

Die soziale Pflegeversicherung erwartet in diesem Jahr einen Überschuss von 400 Millionen Euro. Möglich ist dies aber nur aufgrund eines Darlehens über 3,2 Milliarden Euro. Für eine tragfähige Finanzierung sind tiefgreifende Reformen nötig.

Die Einnahmen der Pflegeversicherung reichen aktuell kaum aus, um ihre Kosten zu decken. 2025 konnte sie zwar mit einem Plus von 10 Millionen Euro abschließen – allerdings nur, weil sie ein Bundes-Darlehen von 500 Millionen Euro erhielt.

Für 2026 steht sogar ein Plus von 400 Millionen Euro im Raum. Die Ursache dafür ist jedoch, dass der Bund erneut ein Darlehen gewährte, um die Finanzierung zu sichern und Beitragserhöhungen zu vermeiden; diesmal sogar in Höhe von 3,2 Milliarden Euro. Ohne diesen Zuschuss stünde die soziale Pflegeversicherung vor einem Defizit von 2,8 Milliarden Euro.

Für 2027 prognostiziert Oliver Blatt, Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes, sogar ein Minus von fünf Milliarden Euro, sofern die Politik keine Reformen auf den Weg bringt. Die eigentlich dafür eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zukunftspakt Pflege“ hat Ende vergangenen Jahres einige Vorschläge zur Kostenreduzierung vorgelegt. Diese waren allerdings deutlich weniger konkret als von der Politik erhofft. Bis Jahresende will Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) eine Finanzreform für die Pflegeversicherung auf den Weg bringen. Erklärtes Ziel der Politik sind stabile Beiträge für gesetzlich Versicherte.

Der SoVD hat mehrfach auf die Belastung der Finanzen der Pflegeversicherung durch versicherungsfremde Ausgaben hingewiesen. Dazu gehört die Übernahme der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe müsse der Bund dafür aufkommen. Außerdem fordert der SoVD die Rückzahlung von rund sechs Milliarden Euro zweckentfremdeter Beitragsmitteln, die während Corona zur Pandemiebewältigung eingesetzt wurden. *str*



Foto: Starpics / Adobe Stock

Die Ausgaben der Pflegeversicherung steigen immer weiter.

Bundesgesundheitsministerin Warken betont Vorteile

Beipackzettel bald digital?

Digitale statt gedruckter Beipackzettel sollen die Regel werden. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) plant die Umsetzung entsprechender EU-Regelungen. Wer auch künftig die Angaben zu Dosierungen und möglichen Nebenwirkungen von Medikamenten auf Papier lesen möchte, muss darauf nicht verzichten.

Sie waren bislang in jeder Medikamentenpackung enthalten: gefaltete, dünne Beipackzettel. Nach Vorstellung der Bundesgesundheitsministerin sollen die gedruckten Zettel perspektivisch die Ausnahme werden. Eine digitale Packungsbeilage bietet viele Vorteile, etwa automatische Übersetzungen oder Vorlesefunktionen, so Warken öffentlich. Sie betonte zugleich: „Weiterhin hat jeder Patient und jede Patientin ein Recht darauf, von der Apotheke einen ausgedruckten Beipackzettel zu erhalten.“ Man werde im Rahmen des nationalen Umsetzungsgesetzes einen Vorschlag erarbeiten sagte ein Sprecher. *veo/dpa*



Foto: tunedin / Adobe Stock

Bisher klärte der Beipackzettel vor allem in Papierform auf.

Aktion des EPD-Bündnisses in Hannover

Der 27. Februar war in diesem Jahr der Equal Pay Day – der Aktionstag für gleiche Bezahlung von Männern und Frauen. Frauen verdienen in Niedersachsen durchschnittlich noch immer 16 Prozent weniger pro Stunde als Männer. Damit ist der sogenannte Gender Pay Gap im vergangenen Jahr hierzulande sogar wieder gestiegen – von 3,88 Euro auf 4,10 Euro Verdienstunterschied pro Stunde.

Auf diese Ungerechtigkeit machte das Equal Pay Day-Bündnis in Hannover für Niedersachsen am diesjährigen Equal Pay Day, dem 27. Februar, mit einer Aktion aufmerksam. Mit einem bunten Programm, bestehend aus kulturellen und politischen Beiträgen, wurde das Motto der diesjährigen bundesweiten Equal Pay Day-Kampagne „Equal Pay Every Day“ mit Leben gefüllt.

Hierzu erklärt Katharina Lorenz vom SoVD-Landesverband Niedersachsen für das Bündnis: „Equal Pay Every Day – damit zeigen wir auf, wie sich die geschlechtsspezifische Lohnlücke im Laufe des Lebens entwickelt und auswirkt. Auch in Niedersachsen unterscheidet sich die Lohnlücke in verschiedenen Altersgruppen stark und wird mit steigendem Alter der Beschäftigten immer größer – bis hin zu 27 Prozent Gender Pay Gap bei den 60- bis 64-Jährigen!“

Julia Willie Hamburg, stellvertretende Ministerpräsidentin, stellte sich den Fragen des Bündnisses auf der Bühne in der Hannoverschen Innenstadt, auf der verschiedene Hürden auf dem Weg zur Entgeltgleichheit dargestellt wurden. Mit Blick auf diese Hindernisse erklärt sie:

„Gleiche Bezahlung ist keine Symbolfrage, sondern eine Frage struktureller Entschei-

dungen. Mit der Einführung von A 13 für Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte in Niedersachsen haben wir ein klares Signal gesetzt: Gleichwertige Arbeit muss gleich bewertet und bezahlt werden. Davon profitieren besonders viele Frauen, die gerade in diesen Lehrämtern überdurchschnittlich vertreten sind.

Solche Schritte zeigen, dass politische Entscheidungen konkrete Auswirkungen auf die Einkommensrealität von Frauen haben. Doch damit geben wir uns nicht zufrieden. Denn es ist inakzeptabel, dass sich die Lohnschere zwischen Frauen und Männern noch immer nicht geschlossen hat. Wir müssen weiter daran arbeiten, Strukturen zu verändern, die

Frauen systematisch ausbremsen – sei es durch ungleiche Karrierechancen, fehlende Transparenz oder tradierte Rollenbilder. Equal Pay muss Maßstab unseres täglichen politischen Handelns sein und nicht nur an einem Aktionstag wie diesem.“

Merle Mangels, DGB Niedersachsen, ergänzt: „Die Lohnlücke ist kein Naturgesetz. Sie ist das Ergebnis struktureller Ungleichheit: Die geringere Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit, die Teilzeitfalle und fehlende Betreuungsangebote für Kinder sowie schlichtweg Lohndiskriminierung sind maßgebliche Ursachen des Gender Pay Gap. Diese Ungerechtigkeiten müssen endlich beseitigt werden!“



Fotos (3): DGB Niedersachsen

Das EPD-Bündnis hatte die stellvertretende niedersächsische Ministerpräsidentin Julia Willie Hamburg (Mitte) eingeladen. Sie stellte sich auf der Bühne den Fragen des Bündnisses.



Die Veranstaltung umfasste themenbezogene Spiele, Poetry Slam, Talk und ein interaktives Quiz.



Viele SoVD-Engagierte und Mitglieder waren extra für die Veranstaltung nach Hannover gereist – etwa aus dem SoVD Heidekreis.

Niedersachsen-Ring: SoVD engagiert sich fürs Ehrenamt

Der SoVD unterstützt nicht nur sein eigenes Ehrenamt, sondern setzt sich auch für bessere Rahmenbedingungen für alle rund drei Millionen Engagierten in Niedersachsen ein. Dafür ist der SoVD Teil des Niedersachsen-Rings (NR), einem Landesbeirat zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Seit 2001 bringt dieser Organisation aus Wohlfahrt, Bildung, Sport, Kultur, Umwelt/Natur und Gewerkschaften, kommunale Spitzenverbände, Frauen- und Migrantenverbände und mehr zusammen. Seine Ziele: die Anerkennung des Ehrenamts verbessern und Vernetzung fördern sowie die Demokratie und Zivilgesellschaft stärken.

Der Niedersachsen-Ring ist im 25. Jahr seines Bestehens Anfang März 2026 zur niedersächsischen Staatskanzlei gewechselt. Dafür haben sich der SoVD und zahlreiche andere Organisationen, wie etwa der LandesSportBund (LSB), der Landesfrauenrat, der Niedersächsische Heimatbund, das Katholische Büro Niedersachsen, die Freiwilligenakademie, die LAG Soziale Stadtentwicklung, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband Wohneigentum Niedersachsen und der Sozialverband VdK, starkgemacht. Die Landesregierung hat damit den Empfehlungen der Enquete-Kommission Ehrenamt entsprochen

und auch mit Nicole Sieling die neue Koordinierungsstelle Ehrenamt und Engagement in der Staatskanzlei angesiedelt.

Um gut aufgestellt zu sein, hat sich der NR unter dem Vorsitz von Lars Wegener, Leiter des Referats Zivilgesellschaft, gleich zu Beginn eine Geschäftsordnung gegeben und ein starkes Sprecher*innengremium gewählt, dem für die nächsten zwei Jahre angehören: Nancy Widmann (SoVD), Marco Lutz (LSB), Heidi Rust (Freiwilligenakademie Niedersachsen), Darius Reinhardt (LAG Freie Wohlfahrtspflege), Adalbert Mauerhof (LAGFA), Gabriela Cramm (Landesseniorenrat).

Der SoVD freut sich auf die Zusammenarbeit und hofft, gemeinsam mit den anderen Akteur*innen wichtige Impulse in Richtung Schutz des zivil-

gesellschaftlichen Engagements, demokratischer Teilhabe, Bürokratieabbau und besserer Projektförderung setzen zu können. Der Beirat dient auch dem ge-

genseitigen Vernetzen und Informationsaustausch. Er leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Ehrenamts in Niedersachsen.



Foto: Jaak Beil/LSB

Mitglieder des Niedersachsen-Rings (Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements).



Foto: Monika Lück

Im City Carré Magdeburg versammelten sich Mädchen und Frauen zur Aktion „One Billion Rising“.

„One Billion Rising“ macht auf Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam

Tanz-Flashmob in Magdeburg

Sachsen-Anhalt In Magdeburg, Stendal, Halberstadt und anderen Orten von Sachsen-Anhalt tanzten Frauen und Mädchen im Rahmen des weltweiten Aktionstages „One Billion Rising“, um gemeinsam ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen zu setzen. Jährlich am 14. Februar ruft das Magdeburger Aktionsbündnis aus Frauen- und Gleichstellungsprojekten, Vereinen und Verbänden dazu auf.

„One Billion Rising“ (deutsch: Eine Milliarde erhebt sich) ist eine weltweite Tanz-Protest-Aktion für ein Ende von Gewalt an Frauen und Mädchen. Hauptteil des Programmes im City Carré Magdeburg war daher das gemeinsame, angeleitete Tanzen (Tanz-Flashmob) zu den Kampagnen-Liedern „Break the Chain“ und „One Billion“.

Zu diesem Anlass sprachen die Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Magdeburg und

des Landes Sachsen-Anhalt, Heike Ponitka, und Sarah Schulze, die Frauenbeauftragte der Pfeifferschen Stiftungen, sowie eine Vertreterin des Frauenschutznetzwerkes zu den Passant*innen, die sich zu der Aktion dazugestellt hatten.

Wie wichtig dieser Aktionstag ist, zeigt der Anstieg von Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Auch in Sachsen-Anhalt ist laut der Kriminalstatistischen Auswertung Häusliche Gewalt

(Jahresbericht 2024) ein Anstieg der Fallzahlen seit 2020 bei Gewalt in der Partnerschaft um 31 Prozent und bei familiärer Gewalt um 37,8 Prozent zu verzeichnen. Im Bereich der Polizeiinspektion Magdeburg zeigen die Zahlen sogar einen Anstieg von 46,9 Prozent von 1.435 in 2020 auf 2.108 in 2024 bei Partnerschaftsgewalt sowie ein Anstieg von 41,4 Prozent von 723 in 2020 auf 1.022 in 2024.

Sitzung des Landesfrauenausschusses mit Rückblick und Planung fürs neue Jahr

Frauen stecken Ziele für 2026 ab

Sachsen-Anhalt Die Frauen des Landesfrauenausschusses trafen sich zu ihrer ersten Sitzung am 13. Februar in der Landesgeschäftsstelle. Zunächst hielt Monika Lück, Landesfrauensprecherin, Rückschau auf das vierte Quartal 2025.

Laut Bericht der Landesfrauensprecherin gab es im letzten Quartal 2025 ein Treffen mit dem Frauencafé „Sozial stärken“ in Stendal, einen Besuch mit Erfahrungsaustausch der SoVD-Frauen und der Selbsthilfegruppe „Barrierefreies Tangermünde“ beim Rolliclub in Halberstadt, den Besuch einer Gedenkstunde im Landtag von Sachsen-Anhalt anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, einen Stadtspaziergang in Stendal aus gleichem Anlass sowie die Teilnahme bei der Einweihung einer Orangen Bank zum Gedenken an eine durch ihren Partner getötete Frau in Magdeburg.

Ein weiteres Thema war die Vorbereitung und Durchführung des Equal Pay Day 2026 am 27. Februar. Von den zehn Kreisverbänden des Landesverbandes Mitteldeutschland beteiligten sich sechs an der Aktion (s. Bericht Seite 12). Mit Mützen und Flyern ausgestattet, machten Mitglieder Passant*innen über die noch immer bestehende Lohnlücke zwischen Mann und Frau aufmerksam.

Ein letzter Tagesordnungspunkt beinhaltete Termine für das erste Halbjahr wie die internationale Tanzaktion „One Billion Rising“ (s. Bericht oben), die Festveranstaltung zum Frauentag, den Tag der offenen Tür im Berufsbildungswerk Stendal,



Foto: Monika Lück

V. li.: Conny Rath und Ines Eisenhut schauen sich Mützen und Flyer zum Equal Pay Day an.

den Tag der Begegnung und das Politforum Landtagswahlen Sachsen-Anhalt.



Editorial

Liebe Mitglieder,

das Ergebnis von Studien wie dem Deutschland-Monitor klingt alarmierend: Knapp 40 Prozent der Bundesbürger*innen – in Ostdeutschland sogar 49 Prozent – sind unzufrieden mit dem Funktionieren des demokratischen Systems. Zwei Gründe werden hierzu immer wieder genannt: der Vertrauensverlust in die Politik und das Gefühl mangelnder Repräsentation.

Weil das demokratische Instrument des Bürgerrates in anderen Ländern so erfolgreich ist, hatte die Ampelkoalition den ersten Bürgerrat auf Bundesebene einberufen. Das Thema war bewusst unverfänglich gewählt: 160 repräsentativ ausgeloste Bürger*innen aus verschiedenen Teilen des Landes diskutierten wochenlang und begleitet von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis über die Frage, wie gesunde, faire und nachhaltige Ernährung für 83 Millionen Menschen gelingen kann.

Vor zwei Jahren legten sie ihren Abschlussbericht vor: neun konkrete Empfehlungen – von kostenlosem Schulesse über ein staatliches Lebensmittelsiegel bis zur Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse, Finanzierungsvorschläge inklusive.

Umso ernüchternder ist das Ergebnis zwei Jahre später: Kein einziger der neun Vorschläge ist umgesetzt worden. Der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses erklärte hierzu: Für ein Votum, das über eine „bloße Kenntnisnahme“ hinausgeht, habe sich „keine Mehrheit“ gefunden. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner löste die Stabsstelle Bürgerräte im Bundestag still und leise auf. Damit ist das Forum auf Bundesebene tot. Dabei hatten CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag dessen Fortsetzung ausdrücklich vereinbart.

Wer die Frage stellt, warum immer mehr Menschen Politiker*innen als entrückte Vertreter*innen einer elitären Kaste wahrnehmen, die sich am liebsten selbst inszenieren und allenfalls Lobbyisten ihr Ohr leihen, findet im Umgang mit dem bundesweiten Bürgerrat die Antwort. Hier wurde ein Instrument erprobt, das funktioniert – wissenschaftlich evaluiert, von den Teilnehmer*innen als bereichernd erlebt, von der Bevölkerung mehrheitlich befürwortet. Aber konservative Spitzenpolitiker*innen räumten es weg, weil es unbequem war. Weil es bedeutet hätte, ein wenig Kontrolle abzugeben. Weil Bürger*innen, die ernsthaft mitdenken, unbequeme Fragen stellen.

Gleiches dürfte sicher auch auf die von Ex-Bundeskanzler Scholz regelmäßig durchgeführte Bürgertreffs in den Ländern zutreffen, die bisher von der neuen Bundesregierung nicht fortgesetzt worden sind.

Das ist nicht nur eine verpasste Chance. Es ist ein Symptom. Und Symptome, die man ignoriert, verschwinden nicht. Sie verschlimmern sich.

Darüber nachzudenken, sollte sich lohnen.

Joachim Heinrich

**Mitglied Geschäftsführender Landesvorstand Mitteldeutschland
Vorsitzender Sozialpolitischer Ausschuss**

Zecken-Saison beginnt

Im Frühjahr werden die Zecken wieder aktiv. Infizierte Tiere können FSME und Borreliose übertragen. Daher empfiehlt die Ständige Impfkommision (STIKO) eine FSME-Impfung für Personen, die sich in FSME-Risikogebieten (www.rki.de/fsme-karte) aufhalten und für Personen, die z. B. in der Forst- oder Landwirtschaft arbeiten. Auch bei einer Reise in bestimmte Urlaubsländer ist eine vorbeugende Impfung sinnvoll. Welche das sind, steht ebenfalls auf den Seiten des RKI beziehungsweise in den Reiseinformationen des Auswärtigen Amtes.

Neue gesetzliche Regelungen erleichtern den lokalen Austausch von Solarstrom

Strom für die Nachbarschaft

Wer eine Photovoltaikanlage betreibt, darf Solarstrom ab 1. Juni ohne umfangreiche bürokratische Vorgaben an seine Nachbar*innen abgeben. Arian Freytag, Experte von der Energieberatung der Verbraucherzentrale, zeigt und bewertet die neuen Möglichkeiten des Energy Sharing.

Wer privat mehr Strom erzeugt als verbraucht, speist den Überschuss meistens in das örtliche Stromnetz ein. In nicht wenigen Fällen wird mehr als die Hälfte des erzeugten Stroms eingespeist. Strom mit der eigenen Solaranlage zu produzieren kostet etwa elf bis 15 Cent pro Kilowattstunde. Für alle neuen Anlagen liegt die Einspeisevergütung aber inzwischen bei weniger als acht Cent. Solarstrom einzuspeisen ist damit normalerweise nicht kostendeckend.

„Nun ermöglicht der Gesetzgeber allen, die eine Photovoltaik-Anlage betreiben, den lokal erzeugten Strom direkt mit einem oder mehreren Nachbar*innen zu teilen“, fasst Arian Freytag zusammen. Mit der Neuregelung im Energiewirtschaftsgesetz entsteht erstmals eine rechtliche Grundlage für das Energy Sharing. Sie erlaubt es, nicht nur erneuerbaren Strom innerhalb lokaler Energiegemeinschaften gemeinsam zu nutzen. Wer den Strom abgibt, darf außerdem ein angemessenes Entgelt hierfür vereinbaren.

Wichtig: Energy Sharing verpflichtet nicht zur vollständigen Stromversorgung der beteiligten Nachbarn. Deshalb benötigen diese Haushalte zusätzlich einen Stromliefervertrag mit einem selbst gewählten Stromanbieter, der die Strommengen liefert, die nicht aus der Solaranlage kommen. Bereits geltende Stromlieferverträge können bestehen bleiben.



Foto: RealPeopleStudio / Adobe Stock

Wer mit der eigenen Solarstromanlage Energie produziert, darf Überschüsse jetzt auch an seine Nachbar*innen verkaufen.

Damit Strommengen richtig zugeordnet werden können, funktioniert Energy Sharing nur dann, wenn alle beteiligten Haushalte mit intelligenten Messsystemen ausgestattet sind.

„Selbst erzeugten Solarstrom an Nachbarn abzugeben, kann sich als Alternative zur Einspeisevergütung etablieren“, resümiert Arian Freytag. Aber: Ein Teil der Einnahmen aus der nachbarschaftlichen Abgabe des Stroms muss an den örtlichen Verteilnetzbetreiber abgeführt werden. Dazu gehört das Netzentgelt, die Umlagen für Kraft-Wärmekopplung und Offshore-Windenergie sowie die Konzessionsabgabe. „In der Summe können diese Nebenkosten des Energy Sharing zehn bis 15 Cent pro Kilowattstunde betragen“, so Freytag. Bei einem durchschnittlichen Strompreis von etwa 30 Cent pro Kilowattstunde ist Energy Sharing trotzdem interessant.

Ab 1. Juni 2026 müssen Verteilnetzbetreiber Energy Sharing innerhalb ihres lokalen Netzes ermöglichen. Ab Juni 2028 muss dies auch mit Beteiligten in direkt benachbarten Netzgebieten möglich sein. Energy Sharing ist ausschließlich für Strom aus erneuerbaren Energien möglich, und kann aus Erzeugungs- oder Energiespeicheranlagen stammen.

Energy Sharing muss zwischen den Beteiligten vertraglich ver-

einbart werden. Dazu sind zwei Verträge erforderlich: ein Vertrag regelt den Umfang der gemeinsamen Nutzung und der zweite ist ein Stromliefervertrag.

Arian Freytag, Experte von der Energieberatung der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern fasst zusammen, warum Energy Sharing für Privathaushalte an Bedeutung gewinnen kann:

„Solarstrom künftig unbürokratisch an den Nachbarn verkaufen zu können, ist ein weiterer Baustein, um erneuerbare Energien kostengünstig in Wohngebieten zu etablieren, und hat Potenzial die Energiewende in Privathaushalten voranzubringen. Für den privaten Anlagenbetreiber bietet sich eine neue verlässliche Einnahmequelle, die die Wirtschaftlichkeit der Anlage steigert, und zugleich bei den Abnehmern die Stromkosten sinken lässt.“

Fragen zum Thema Erneuerbare Energien beantwortet die Energieberatung der Verbraucherzentrale. Die Beratung findet online, telefonisch, per Video oder in einem persönlichen Gespräch statt. Fachleute informieren anbieterunabhängig und individuell. Für einkommensschwache Haushalte mit entsprechendem Nachweis sind alle Beratungsangebote kostenfrei. Mehr Infos gibt es auf www.verbraucherzentrale-energieberatung.de oder unter der bundesweit kostenfreien Hotline 0800/80 98 02 400 sowie in Vorträgen. *Quelle: Verbraucherzentrale M-V*



Foto: Marco2811 / Adobe Stock

Private Photovoltaikanlagen setzen sich immer mehr durch.



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Frühjahr 2026 ist in unserer Verbandsarbeit gekennzeichnet von der weiteren Intensivierung der Maßnahmen, die beim letzten Bundesverbandstag beschlossen wurden: Glasnost und Perestrojka, Offenheit und Wandel.

Erinnern wir uns. Die Strukturen des Verbandes sollten modernisiert werden, die Rolle des Ehrenamtes sollte gestärkt werden.

Die Mitgliederzahl sollte wesentlich gesteigert werden. Dazu sollten Strukturen verschlankt, die Außendarstellung des Bundesverbandes verbessert und insgesamt der Bekanntheitsgrad des SoVD gesteigert werden. Wie wir alle auf diesem Weg vorangekommen sind, davon kann sich jede und jeder überzeugen.

Nunmehr befinden wir uns in der Vorbereitung des nächsten Bundesverbandstages. 2026 finden die Wahlen in den Strukturen unterhalb des Landesverbandes statt. Im Frühjahr 2027 werden dann die Wahlen in den Landesverbänden eine gute Vorbereitung für die Wahlen und Beschlussfassungen der Bundesverbandstagung im November 2027 sein.

Wir gehen davon aus, dass die notwendigen Arbeiten im Bundesverband zügig und zielorientiert durchgeführt werden und wir noch im Jahr 2026 die Wahlen unterhalb der Landesverbandsebene durchführen können.

Wir haben in unseren Kreisverbänden funktionierende und erfolgreich arbeitende Vorstände und engagierte Mitglieder, sodass die etwas verlängerte Wahlperiode nicht zu Problemen in der Arbeit mit unseren Mitgliedern, in der Sozial- und Rechtsberatung und den Diskussionen unserer Wahlbausteine für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September 2026 mit Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien führen wird.

Der SoVD-Landesvorstand wird seine Mitglieder umgehend informieren, sobald die Voraussetzungen für satzungsgemäße Wahlen vorliegen.

Wir wünschen allen unseren Mitgliedern und den mit unserem SoVD verbundenen Frauen und Männern ein gutes Frühjahr. Wir haben es uns alle nach einem zwar nicht typischen, aber auch so nicht seltenen pommerschen Winter verdient.

Ihr Dr. med. Helmholt Seidlein, SoVD-Landesvorsitzender



Helmholt Seidlein

Aufruf zur Prävention am Welttag des Hörens 2026

Hörschäden vorbeugen

Gesundheitsministerin Stefanie Drese warb zum Welttag des Hörens am 3. März für präventive Maßnahmen zur Vermeidung von Hörschädigungen sowie regelmäßige Hörtests bei Ärzt*innen der Fachrichtung Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde.

Der Welttag des Hörens lenkt den Fokus auf die Bedeutung guten Hörens für Sicherheit im Alltag, Lebensqualität und soziale Teilhabe.

Ministerin Stefanie Drese wies darauf hin, dass zur Vorbeugung von Hörschäden zunächst einmal ein Bewusstsein für Lärm sowie das eigene Verhalten bestehen müsse. „Häufige Lärmbelastungen erhöhen das Risiko, eine Schwerhörigkeit zu entwickeln“, verdeutlichte Drese. Deshalb sei es wichtig, in beruflichen und privaten Lärmsituationen einen Schallschutz zu tragen. „Darüber hinaus sind eine gesunde Ernährung, der Verzicht auf das Rauchen, Stressabbau, aber auch aktive Lärmpausen oder die gezielte Verringerung des Alltagslärms entscheidend, um die Hörfähigkeit langfristig zu erhalten.“

Fortsetzung auf Seite 14

Aufruf zur Prävention am Welttag des Hörens 2026

Hörschäden vorbeugen

Fortsetzung von Seite 13

Regelmäßige Hörtests seien wichtig, um Gewissheit zu haben, wie es in unterschiedlichen Lebensphasen um das eigene Gehör steht. So kann nach Angabe von Drese ein therapiebedürftiger Hörverlust frühzeitig identifiziert, individuell behandelt und professionell versorgt werden. Drese betonte: „Die Auswirkungen einer Hörminderung betreffen nicht nur unser Gehör, sie können sich auch unmittelbar auf die Lebensqualität und unser seelisches Wohlbefinden auswirken“. Eine unbehandelte Schwerhörigkeit könne etwa Veränderungen im sozialen Verhalten befördern. Gespräche im Freundes- und Kollegenkreis, Telefonate oder kulturelle Aktivitäten würden zunehmend als anstrengend oder frustrierend empfunden – und deshalb häufig vermieden mit erheblichen Auswirkungen wie gesellschaftlicher Isolation, Depressionen oder Arbeitsunfähigkeit,

Quelle: M-V Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport

5 Termine

Kreisverband Greifswald

15. April, 14 Uhr: Frühlingsveranstaltung mit Kaffee und Kuchen, ab 17 Uhr Abendessen, Haus der Begegnung, Trelleborger Weg 37, 17493 Greifswald, **Anmeldung bis 2. April** unter Tel.: 03834/840488 (dienstags und donnerstags, 9–11.30 Uhr).

Kreisverband Rostock

13. April: Ausflug zur mecklenburgischen Seenplatte mit Bootsfahrt, Mittagessen und Kaffeetrinken, Abfahrt: 9 Uhr Warnemünde, 9.15 Uhr Lichtenhagen, 9.30 Uhr Evershagen. Kostenbeitrag pro Person 25 Euro, einzahlbar im Büro. **Anmeldung erforderlich bis 3. April** (falls es noch genügend Plätze gibt) unter Tel.: 0381/7696130; Tel.: 0177/8743828 oder per E-Mail an: info@sovd-rostock.de.

Rechtsberatung

Greifswald: 14.4.: **Bergen:** 21.4.: **Röbel:** 28.4.: Es berät Donald Nimsch.

Güstrow: 22.4.: **Grevesmühlen:** 29.4.: Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/7601090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt

Kreisverband Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/840488.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/682087.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/510175.

Kreisverband Müritzt: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/129617.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/713323.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/444231.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7696130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/203481.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5.OG (hinter der Glastür rechts, erster Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20090348.

Bildung und gute Laune beim Februartreff im Kreisverband Schwerin

Im Alter ist noch vieles möglich

Zu einer gelungenen Veranstaltung hatte der SoVD-Kreisverband Schwerin im Februar eingeladen. Die Vorsitzende **Andrea Preuß-Borowsky** begrüßte herzlich die zahlreichen Gäste und die Referentin **Christine Dechau**, Geschäftsführerin des Schweriner Seniorenbüros.

Christine Dechau stellte das neue Programm der Senioren-Akademie Schwerin „Aktiv im Alter“ (1. Semester 2026) vor – mit einem eindrucksvollen Überblick über die zahlreichen Bildungs- und Freizeitangebote für ältere Menschen.

In Schwerin leben rund 35.000 Senior*innen, das sind etwa ein Drittel der Bevölkerung. Entsprechend vielseitig ist das Angebot – doch die Informationen darüber erreichen nicht immer alle Interessierten. Hier sind Politik und Verwaltung gefordert, gemeinsam mit engagierten Einrichtungen neue Wege der Ansprache zu finden.

Die Senioren-Akademie Schwerin besteht seit 1995 als Projekt des Schweriner Seniorenbüros. Träger ist der Landesring Mecklenburg-Vorpommern des Deutschen Seniorenring e.V., gefördert durch das Land und die Stadt Schwerin. Die Kursleiter*innen sind selbst im Ruhestand – sie unterrichten Gleichgesinnte und zeigen, dass Lernen und Teilhabe keine Frage des Alters sind.

Kreisvorsitzende Andrea Preuß-Borowsky nahm das Thema auf in ihrem Überblick und gleichzeitigem Appell an alle Senior*innen: „Alt werden heißt heute etwas anderes als noch vor einer Generation. Viele ältere Menschen verstehen ihr Leben nicht als Rückzug, sondern als neue Phase der Aktivität. Sie gestalten ihren Alltag eigenständig, engagieren sich in Initiativen, Vereinen oder Projekten – und zeigen, dass gesellschaftlicher Beitrag keine Frage des Alters, sondern der Haltung ist.“

Nach dem Berufsleben beginnt für viele eine Zeit, in der Freiräume entstehen: für Themen, die vorher zu kurz kamen.



Angelika Nagel-Trumpp erhielt den ersten, Ulrich Haesener den dritten und Silke Schöll den zweiten Preis.

Ob in Bürgervereinen, in der Nachbarschaftshilfe, bei Umweltprojekten oder als Lesepatin, Mentor oder Freizeitcoach – ältere Menschen übernehmen Verantwortung, bringen Erfahrung ein und stärken das Netz des Zusammenhalts. Sie beweisen, dass Engagement auch im Alter eine Quelle von Sinn und Energie ist.

Selbstbestimmt leben – das bedeutet, das eigene Leben bewusst zu gestalten, Entscheidungen zu treffen und aktiv zu bleiben. Immer mehr Kommunen schaffen Strukturen, um das zu unterstützen: Treffpunkte, Lernorte, Mitmachplattformen oder Beteiligungsforen, in denen ältere Menschen ihre Ideen einbringen können. Dabei geht es nicht nur um Angebote für Ältere, sondern um Räume, die sie mitgestalten. Wo Beteiligung auf Augenhöhe gelingt, entsteht das Gefühl, gebraucht zu werden – und das ist ein Schlüssel für Lebensfreude und gesellschaftliche Teilhabe.

Gleichberechtigung im Alter heißt auch, mit Vorurteilen zu brechen. Noch immer gelten Ältere in politischen oder digitalen Zusammenhängen

häufig als weniger kompetent. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: viele nutzen moderne Technik selbstverständlich, tauschen sich in Netzwerken aus oder geben ihr Wissen weiter. Generationsübergreifendes Lernen – etwa wenn Ältere und Jüngere gemeinsam Projekte planen – schafft Vertrauen und öffnet neue Perspektiven für beide Seiten.

Mitverantwortung schließlich bedeutet, sich einzumischen und das Gemeinwohl mitzugestalten. Ohne das ehrenamtliche Engagement der Älteren wäre vieles in Gemeinden und Städten nicht denkbar: sie organisieren Feste, leiten Vereine, setzen sich für Umweltfragen oder soziale Gerechtigkeit ein. Ihr Engagement zeigt, dass Verantwortung altert, aber nicht vergeht – sie wächst mit der Erfahrung.“

Für heitere Momente sorgte der zweite Teil der Veranstaltung: Zahlreiche Gäste, darunter Vorstandsmitglieder, trugen fantasievolle Hüte, und die drei originellsten Kopfbedeckungen wurden prämiert., darunter als erster Preis ein Hut aus Abwaschschwämmchen.



V. li.: Andrea Preuß-Borowsky und Referentin Christine Dechau.



Volker Großmann als Pfarrer.



Aus den Kreisverbänden



Foto: Monika Lück

Kreisverband Stendal und SHG „Barrierefreies Tangermünde“

Kreisverbände Sachsen-Anhalt

Am Equal Pay Day 2026 beteiligten sich sechs Kreisverbände des SoVD-Landesverbandes Mitteldeutschland. In den Kreisverbänden Mittelbe, Stendal, Wanzleben, Quedlinburg, Wernigerode und der Burgenlandkreis machten Ehrenamtliche auf die Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern aufmerksam, bei der Entlohnung, der Care-Arbeit sowie der Vertretung in Politik und Wirtschaft.



Kreisverband Wernigerode



Kreisverband Wanzleben



Kreisverband Quedlinburg



Foto: Monika Lück

Kreisverband Mittelbe



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, dritte Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897.

Kreisverband Thüringen Mitte, West

Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de.

Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Sprechstunden siehe Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt,

Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Gentin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Bei dringenden Angelegenheiten kontaktieren Sie den Vorsitzenden Jörn Sanftleben unter Tel.: 0151/21 89 64 57 oder Monika Lück unter Tel.: 0162/47 17 156.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/25 38 897. Sprechzeiten nach Absprache, letzter Mittwoch im Quartal, 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere

Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–18 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Am Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.



Termine

Kreisverband Halle

29. April, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, GZS Tagungsraum, 4. Etage.

Vorschau: 19. Mai, 9–12 Uhr: letzte Sprechstunde, GZS, SoVD-Büro, Halle.

Kreisverband Schönebeck

Dienstags, 9–12 können die Reisettermine abgeholt werden, Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck.

Kreisverband Wernigerode

7. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff, Heltauer Platz 1, Wernigerode.

Vorschau: 12. Mai: Bustour, Details bei Anmeldung unter Tel.: 03943/63 26 31.



Sozialstaat: Zukunftsinvestition

Rund 100 Gäste aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie aus dem SoVD-Bundesverband und den Landesverbänden folgten der Einladung des SoVD Hamburg zum Jahresempfang 2026 am 17. März. Er trug das Motto: „Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit – Teilhabe fördern und Chancen eröffnen“.

Als Landesvorsitzender Klaus Wicher in seiner Begrüßungsrede mit Blick auf den anwesenden Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) fragte: „Wie kommt es bei den Menschen an, wenn seitens der Politik immer und immer wieder betont wird, wir müssen sparen, wir haben kein Geld für zusätzliche Ausgaben?“, kam prompt die Antwort aus dem Publikum: „Schlecht!“

Wicher stimmte zu: „Das Signal ist doch: Wer arm ist, wird arm bleiben, wer gering qualifiziert ist, hat kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Kinder aus armen Familien haben kaum Chancen, ihrem sozialen Milieu zu entkommen. Das vermittelt keine Aufbruchstimmung, im Gegenteil, das demoralisiert und lässt jegliche Perspektive vermissen.“ Das sei ein völlig falscher Weg, der die Demokratie gefährde.

In Sozialstaat investieren sichert die Demokratie

Davor warnte in ihrer Rede „Vom Kostenfaktor zur Zukunftsinvestition: Sozialstaat neu denken“ auch Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier: „In der öffentlichen Debatte begegnet einem immer wieder das Bild, der Sozialstaat sei zu teuer, zu bürokratisch und eine Belastung für Wirtschaft und Staatshaus-



Foto: SoVD Hamburg

Beim Jahresempfang in Hamburg, v. li.: Michaela Engelmeier, Klaus Wicher, Tanja Chawla (DGB Hamburg) und Deniz Celik (Die Linke).

halt.“ Das greife zu kurz. „Der Sozialstaat ist eine Investition in unsere Gesellschaft. Wer sich auf den Staat verlassen kann, wendet sich nicht von der Demokratie ab.“

Zukunftsfragen betreffen vor allem Pflege und Rente. „Eine echte Pflegereform ist notwendig, sie lässt sich aber nicht durch Leistungskürzungen realisieren“, so Engelmeier. „Wir müssen darüber sprechen, wo Geld im System verloren geht.“ Außerdem müssten alle in die gesetzliche Rente einzahlen.

Senator Dressel griff das auf: „Bei den Versicherungssystemen müssen wir darauf gucken, was zahlen Sie ein, was wollen Sie rausbekommen?“, aber nicht nur als Nullsummenspiel.

men müssen wir darauf gucken, was zahlen Sie ein, was wollen Sie rausbekommen?“, aber nicht nur als Nullsummenspiel.

SoVD im Dialog mit Politik zu Handlungsmöglichkeiten

Aussagen wie zur „Lifestyle-Teilzeit“ vergifteten laut Dressel die Debatte und zerstörten den Sozialstaat. Probleme seien etwa die Antragsverfahren und ein „desolater Zustand bei der Digitalisierung“. Die regelmäßigen Gespräche mit dem SoVD Hamburg seien wichtig und partnerschaftlich, „auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind“.

Frauenpolitischer Ausschuss mit aktuellen Themen

Gleichstellung bei der Bundeswehr

Am 23. März traf sich der Frauenpolitische Ausschuss (FPA) des SoVD im Erich-Kuttner-Haus, der Bundesgeschäftsstelle des Verbandes. Die Mitglieder diskutierten unter anderem über Wehrpflicht für Frauen und Gleichstellung in der Bundeswehr – mit einer Fachfrau.

Zu Gast war Flottillenärztin Dr. Jessica Ritter, militärische Gleichstellungsbeauftragte im Marinekommando. Sie hielt einen Vortrag zu Wehrpflicht und Gleichstellungsfragen innerhalb der Streitkräfte. Es ging etwa um Vorbilder, Sensibilisierung, Kinderbetreuung, Stärkung weiblicher Führungs- und männlicher Familienkompetenz sowie um externe Ansprechstellen. Der Austausch lieferte wichtige Impulse für die frauenpolitische Arbeit des SoVD.

Weitere Sitzungsthemen waren der Equal Pay Day 2026/2027 und Lohnunterschiede, Parität im Bundestag und politische Teilhabe sowie Alterssicherung und Rente aus frauenpolitischer Perspektive. Auch befasste sich der Ausschuss mit Studien zu Sicherheit und Belastungen im Alltag von Frauen: Eine Dunkelfeldstudie der Ministerien BMBFSFJ und BMI sowie des Bundeskriminalamts erfragte Gewalterfahrungen. Demnach kommen unter zehn Prozent zur Anzeige, und Frauen sind weit häufiger betroffen als Männer. *ele*



Foto: SoVD

Dr. Jessica Ritter (mittig in Uniform) mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier (rechts von ihr), SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König (links von ihr), Mitgliedern des Frauenpolitischen Ausschusses und Mitarbeitenden der Bundesgeschäftsstelle.

Anzeigen

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV, Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2 Pers., ab 35,- €/Tag ☎ 05524/1630

Teutoburger Wald

Bad Salzuffeln FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse. ☎ 05222/15217 | fewobadsalzuffeln@gmail.com

Gesucht & Gefunden

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr. Auch zur Miete. Service bundesweit, Kurze Lieferzeiten, Sehr preiswert. Neu oder gebraucht. Rufen Sie uns kostenlos an 0800 - 234 56 55 www.minova-lift.de

Schwarzwald

Nordschwarzwald, FeWo, 65qm, EG, Südlage, WLAN, Imkerei, T. 07235/7289, www.bee-inn.de

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen: Privat-, Kontaktanzeigen, Gewerbliche Anzeigen oder Reiseanzeigen. Buchung und Beratung unter 07243 / 5390-123

Bayerischer Wald

Urlaubshotel Binder. So muss Urlaub sein! 5 ÜN pro Person ab 385,- inkl. Halbpension PLUS mit Frühstücksbuffet, Mittagsimbiss, Kaffee & Kuchen, abends 3 Gänge-Menü Gr. Hallenbad 32°C, 6 Saunen, Fitness. Urlaubshotel Binder, Alfred Binder Freihofer Straße 6, 94124 Büchlberg Tel. 08505 / 90070, info@hotelbinder.de www.hotelbinder.de

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen. IHP ab 68€. staatl. anerk. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten Seniorengerecht, alle Zi. Flachdusche/WC/Föhn/Safe/Wlan/TV. Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de landhotel@spessartruh.de

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur neun

Ansprechpartner Agentur Neun GmbH Vanessa Kunz Pforzheimer Straße 132 76275 Ettlingen Telefon: 07243/ 53 90-123 E-Mail: vanessa.kunz@agenturneun.de

- Onlinemarketing
- Mediaplanung
- Kooperationsmarketing

Reisetipp

Seniorenurlaub Allgäu, Ostsee und Böhmisches Bäderdreieck. GUTSCHEIN für einen Katalog „Urlaub 2026“. Hotels im Allgäu, an der Ostsee und im Böhmisches Bäderdreieck, inkl. Hin- u. Rückfahrt im Kleinbus, inkl. Haustürabholung, z.B. 7 Tage inkl. HP für nur 759,- €. Gratiskatalog anfordern unter ☎ 0 83 76 / 92 92 72 Seniorenausflug Keller GmbH, Alpenblickstr. 17, 87477 Sutzberg • www.seniorenausflug.de

Nord-/ Ostsee

Büsum***, FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ 0174/6113066

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwoh. strandnah Garten Hund willkommen freie Termine ab 85 € ☎ 0174/6882835

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt, FeWos, Dachterr., Badesees, Hauspr. ☎ 04835/1300, landhausamgrahof.de

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. ☎ 04834-9204, www.deichtraume.de

Ostsee-Fewos von privat 2-4 Personen www.ostsee-erik-ruegen-zingst.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 04846/291

(K)Urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, 10 Anwd., Hotel**** ab €222,- optional Hausabholung ab €99,- JAWA-Reisen.de (GmbH) Gierstr. 20, 33098 Paderborn ☎ 05251/390 900

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + OF 25,- €. ☎ 0160/171 44 38

Nähe Brunsbüttel, FeWo bis 4 Pers. NR Sep. Eingang, Hunde erl. W-Lan, SAT-TV ☎ 04853/881571

BÜSUM, ****-FeWo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ 04834/2611 • www.haus-corinna.de

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 04834/8493



Tipp für Kinder

Lara, Viktor und der Zauberbaum

Lara und ihr Bruder Viktor verbringen den Sommer bei ihrem sonderbaren Großonkel in einer alten Villa. Wie langweilig! Doch als die beiden im verwilderten Garten einen magischen Baum entdecken, der die Namen ihrer ganzen Familie trägt, stecken sie plötzlich in einem aufregenden Abenteuer. Denn der Zauberbaum katapultiert die Kinder in die Vergangenheit zu ihren Vorfahren. Und dabei erleben Lara und Viktor einige Überraschungen.



Die aufregenden Abenteuer führen Kinder ab sechs Jahren in die faszinierende Welt der Geschichte ein. Die einzelnen Kapitel eignen sich ideal fürs Vorlesen.

Oliver Pötzsch: *Lara, Viktor und der Zauberbaum – Zu allen Zeiten Abenteuer*. Penguin Junior, 160 Seiten, illustriert von Laura Catalán, ISBN: 978-3-328-30424-1, 16 Euro.

Möchtest du das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schicke die Lösung aus „Rolands Rätselecke“ mit dem Betreff „Lara, Viktor und der Zauberbaum“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.



Rolands Rätselecke

Knack das Kreuzworträtsel

Diese Aufgabe ist etwas für echte Ratefüchse. Schreibe erst einmal auf, was auf den Bildern zu sehen ist. Die nummerierten Felder von 1 bis 11 verraten dir dann das gesuchte Lösungswort. Kleiner Tipp: Dabei handelt es sich um etwas, das nach Ostern übrigbleibt.



Foto: Natalia / Adobe Stock; Grafik: MdAbuSayed / Adobe Stock



Fröhliche Fehlersuche

Verflixtes Osterfest

Hast du schon alle deine Ostereier und Schokohasen gefunden? Dann wartet hier schon die nächste Aufgabe auf dich: In dem unteren Bild gilt es, zehn Unterschiede zu entdecken – viel Erfolg!

Die Auflösung findest du auf Seite 18 in dieser Ausgabe.



Grafik: Vector Tradition / Adobe Stock



Voll durchgeblickt

Ein Briefkasten auf Papas Grab

Wenn ein Mensch stirbt, dann ist es für die Angehörigen sehr schwer, damit umzugehen. Im Schwarzwald fand eine Familie für sich einen ungewöhnlichen Weg, mit der Trauer über den Tod des Vaters zurechtzukommen. Gemeinsam mit den insgesamt vier Kindern gestaltete die Mutter den Grabstein des Verstorbenen. Dieser hat einen Schlitz, in den man Zettel mit persönlichen Botschaften werfen kann. Das macht den Friedhof für alle zu einem besonderen Ort.

„Ich vermisse dich sehr“, schreibt Ida unter einen Brief an ihren Papa. Auf dem Esstisch vor der Zehnjährigen herrscht ein buntes Durcheinander aus Stiften, Glitzersteinen und Papier. Auch ihre drei Brüder und ihre Mutter basteln an Botschaften. Es sind Briefe, die nicht in einer Box am Straßenrand landen, sondern am Grab des Familienvaters – in einem Grabstein mit Briefkasten.

Vor rund drei Jahren war Familienvater Klaus Schmid an Krebs gestorben. Seitdem spreche die Familie oft über den Tod und nehme vieles mit Humor, erzählt Mutter Christina. Mit den Kindern redet sie immer wieder über den „Löwenpapa“, wie ihn die Familie nennt.

Mit der Suche nach dem „richtigen“ Grabstein lassen sich die Hinterbliebenen Zeit. Bei einer Firma, die Grabsteine mit Briefschlitz baut, werden sie schließlich fündig. Das Design gestaltet die Familie mit. So ist an der Seite des Grabsteins ein Fingerabdruck des Vaters ein-



Foto: Katharina Kausche / picture alliance / dpa

Dieser Briefkasten wird nie geleert. Er enthält Nachrichten, die nur für den dort beigesetzten Menschen bestimmt sind.

gearbeitet, den sie zur Begrüßung berühren. Vorn auf dem Stein ist ein Löwenkopf nach einer Zeichnung von Sohn Ben und ein Herz aus Steinen platziert, die die Familie im Urlaub gesammelt hat.

Das Grab ist für die Fünf von Anfang an ein wichtiger Ort. Es erzählt ihre ganze eigene Geschichte und bietet ihnen

durch den Briefkasten zudem die Möglichkeit, doch noch irgendwie in Kontakt zu bleiben. An diesem Ort, sagt Christina Schmid, fühlen sie sich dem Familienvater nahe und immer noch verbunden. Gemeinsam picknicken sie auf einer Bank, essen die Lieblingskekse des Vaters oder lassen für ihn Bier über das Grab fließen.

Tobias Krell erklärt Kindern als „Checker Tobi“, wie spannend die Welt ist

Lebenslang neugierig bleiben

Seine Sendung vermittelt dem Nachwuchs Wissen aus allen Lebensbereichen. Für den gebürtigen Mainzer ist der Erfolg von „Checker Tobi“ vor allem eine Frage der Haltung – es gehe darum, Kinder als Publikum ernst zu nehmen. Am 29. April wird der Moderator Tobias „Tobi“ Krell 40 Jahre alt.

Seine Abenteuer begeistern jugendliche Fans im Fernsehen und im Kino. Mal geht es bei „Checker Tobi“ ums Mittelalter, in der nächsten Folge dann um die Klimakrise. Tobias Krell ist halt an vielen Dingen interessiert. Deshalb, sagt er, habe er unter anderem Soziologie studiert.

Seit Langem ärgert es Krell, dass Kinder in Deutschland kaum eine Lobby haben. Als „Checker Tobi“ könnte er sich in Ergänzung zu einem Stahl- oder Automobil-Gipfel im Kanzleramt dort durchaus auch einen Kinder-Gipfel vorstellen.



Foto: Bernd Kammerer / picture alliance

Moderator Tobias Krell wurde vor Kurzem erstmals selbst Vater. Diese neue Rolle dürfte seinen Wissensdrang kaum bremsen.

Schauspielerinnen Leonie Benesch zeigt den schweren Alltag einer Pflegefachkraft

Eine stille Heldin unter Druck

Berufe, die besonders viel Idealismus erfordern, scheinen ihr zu liegen. Das gilt für ihre Rolle als junge Lehrerin in „Das Lehrerzimmer“ ebenso wie für die einer Pflegefachkraft in „Heldin“. Am 22. April feiert die Schauspielerin Leonie Benesch ihren 35. Geburtstag.

Die gebürtige Hamburgerin scheint Glück bei der Auswahl ihrer Projekte zu haben. Bereits drei Filme, in denen sie mitgespielt hat, wurden für einen Oscar nominiert. Doch der Ruhm steht für Leonie Benesch dabei nicht an erster Stelle.

Auf ihre Rollen bereitet sich die Schauspielerin akribisch vor. Für „Heldin“ etwa machte sie ein Praktikum im Krankenhaus. Auf diese Weise schuf Benesch das authentische Portrait einer Frau, die ihren Beruf jeden Tag mit viel Herzblut und am Rande ihrer Kapazität ausfüllt.



Foto: TOBIS Film GmbH

Pflegefachfrau Floria Lind (Leonie Benesch) liebt ihren Beruf. Der aber bringt sie im Film „Heldin“ an ihre Belastungsgrenze.

Nach 100 Fällen verabschiedet sich das Tatort-Team Batic und Leitmayr

In München sagt man „Servus“

Sie waren beachtliche 35 Jahre im Einsatz. Nun geht es für die beiden Kriminalhauptkommissare in den Ruhestand. Mit der Doppelfolge „Unvergänglich“ verabschiedet sich Miroslav Nemeč und Udo Wachtveitl an den beiden Ostertagen im Ersten von ihren treuen Fans.

Während die letzten Tage ihrer Karriere verstreichen, bekommen es die verdienten Ermittler mit einer verbrannten Leiche zu tun. Und sie stellen fest, dass ein mörderisches Phantom durch München schleicht.

Im Anschluss an die letzte Folge ermöglicht das Erste einen Blick zurück. Dann nämlich läuft um 21.45 Uhr die Dokumentation „Batic und Leitmayr, die Zwei vom Tatort sagen Servus“.

„Tatort – Unvergänglich“ ist am 5. und 6. April jeweils um 20.15 Uhr im Ersten zu sehen und in der ARD-Mediathek verfügbar.



Foto: BR/NEUESUPER GmbH/Hendrik Heiden

Schluss is' mit „Tatort“: Der Batic Ivo (Miroslav Nemeč, li.) und der Leitmayr Franz (Udo Wachtveitl) gehen in Rente. Schade.



Buchtipps

Kraft und Stabilität bis ins hohe Alter

Mit zunehmendem Alter bauen Menschen Muskelmasse ab. Wer dem nicht durch Krafttraining vorbeugt, riskiert ein erhöhtes Sturzrisiko und zunehmende Gebrechlichkeit. Aber um fit, kräftig und schmerzfrei zu sein, müssen keine schweren Gewichte im Fitnessstudio gestemmt werden. Muskelkraft, Stabilität und Koordination können einfach zu Hause trainiert werden.

Der Wiener Arzt Dr. Peter Poeckh zeigt in seinem neuen Buch die besten Übungen für alle Körperregionen. Darüber hinaus machen die Ganzkörperprogramme den Einstieg besonders leicht. Unabhängig vom Fitnesszustand können damit alle Menschen von einfachen, aber effektiven Übungen profitieren, die zu schnellen und spürbaren Erfolgen führen.



Dr. med. Peter Poeckh: Kraft und Stabilität bis ins hohe Alter. Südwest, 160 Seiten mit Illustrationen, ISBN: 978-3-517-10432-4, 20 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff „Kraft und Stabilität bis ins hohe Alter“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.



Denksport

Einmal schieben, dann stimmt die Rechnung

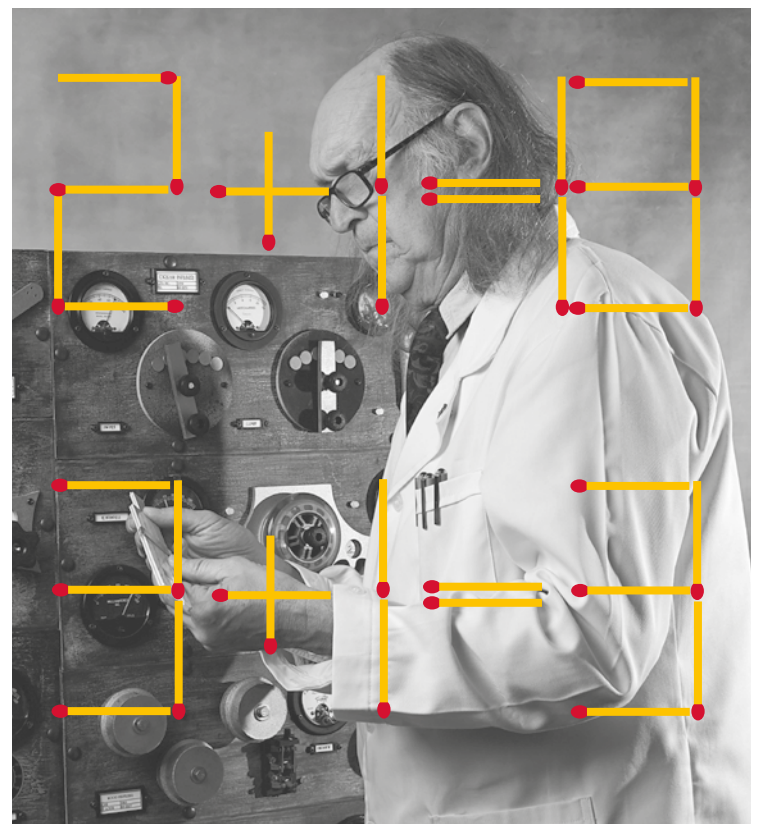


Foto: Switch Lab / Adobe Stock

Diese beiden Gleichungen sind keine hohe Wissenschaft, schließlich handelt es sich „nur“ um Streichhölzer! Wenn Sie jeweils eines an eine andere Stelle verschieben, dann stimmt die Rechnung wieder.

Falls Sie bei dieser Tüftelei nicht weiterkommen, dann schauen Sie einfach auf Seite 18 nach! Dort verraten wir unseren Lösungsweg – vielleicht finden Sie noch einen weiteren?

Filmtipp

Das Leben der Wünsche

Privat und beruflich steckt Felix in einer Sackgasse. Da bietet ihm ein mysteriöser Fremder drei Wünsche an. Bereitwillig ergreift Felix diese scheinbar letzte Hoffnung. Einen seiner Wünsche formuliert Felix vermeintlich clever und schafft es auf diese Weise, dass künftig alle seine Wünsche wahr werden – auch die, von denen er bisher noch nicht einmal selbst wusste, dass er sie hat. In der Folge gerät der Familienvater immer tiefer in den Strudel seiner dunkelsten Begierden, bis er endlich merkt, dass es für ihn nur den einen wahren Wunsch gibt.



Das Leben der Wünsche ist eine fantastische Geschichte über die Liebe und über die Suche nach den Dingen im Leben, die wirklich glücklich machen.

Das Leben der Wünsche, 1 DVD/Blu-ray, Laufzeit 91/96 Minuten, ab 12 Jahren, Hörfilmfassung für Sehgeschädigte, Untertitel für Hörgeschädigte, 12,99 Euro (DVD), 16,99 Euro (Blu-ray).

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Filmes gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff „Das Leben der Wünsche“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Bitte geben Sie an, ob Sie eine DVD oder eine Blu-ray-Disc gewinnen wollen! Einsendeschluss ist der 15. April.

Variante: LEICHT

		1			3	8		2
8		○		2		7		
			5			3	4	
2	1	○	9		8		5	
9				7				8
	6		1		5		2	7
	9	2			6			
		5		4			○	6
7	6	8				5		

Auflösung des Vormonats

3	6	9	2	5	8	1	4	7
5	2	7	3	1	4	9	6	8
8	1	4	6	9	7	5	2	3
1	7	8	9	6	5	2	3	4
2	3	6	7	4	1	8	5	9
9	4	5	8	2	3	7	1	6
7	5	3	4	8	2	6	9	1
4	9	1	5	7	6	3	8	2
6	8	2	1	3	9	4	7	5

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

	6		○			2		9
5			6			8	4	
				4	3		5	
		5		2				4
	8			9			6	
1		○		6		9		
	3		5	7				
	4	6			1		○	7
7		9					8	

Auflösung des Vormonats

5	3	4	8	1	7	6	2	9
2	9	8	5	6	3	7	1	4
1	6	7	9	2	4	5	3	8
3	5	9	7	8	6	2	4	1
8	7	1	4	9	2	3	5	6
6	4	2	1	3	5	8	9	7
9	1	6	2	5	8	4	7	3
4	2	3	6	7	9	1	8	5
7	8	5	3	4	1	9	6	2

Möchten Sie einen weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.

Dieses Rätsel steht über das E-Paper auch online zur Verfügung.



Hätten Sie's gewusst?

So entstand der Tarzanschrei

Wer wie Tarzan durch den Urwald turnt, muss sportlich sein. Für die Verfilmung kam der fünfmalige Schwimm-Olympiasieger Johnny Weissmuller daher wie gerufen. Zudem beherrschte der im damaligen Österreich-Ungarn geborene Donauschwabe ein spezielles Kulturgut der alten Heimat – das Jodeln.

Er ist der bekannteste Tarzan der Filmgeschichte. Viel Text musste der als Kind in die USA eingewanderte Johann Peter Weissmuller dafür freilich nicht lernen. Über seine Qualitäten als Darsteller machte sich der beste Schwimmer seiner Zeit daher auch keine Illusionen. Mit einem Augenzwinkern sagte er: „Das Publikum verzeiht meine Schauspielerei, weil es weiß, dass ich ein Athlet bin.“

Weniger bekannt dürfte sein, dass der junge Johnny Weissmuller auch diverse Jodelwettbewerbe gewonnen hatte. Damit wäre auch geklärt, warum der Herr des Dschungels jodelt.



Foto und Grafik: gemeinfrei

Der jodelnde Ungarndeutsche Johnny Weissmuller (1904–1984) schuf die tonangebende Variante von Tarzan.



Redensarten hinterfragt

Allein der Kunst verschrieben

Behauptet man heute von einer Person, diese lebe in einem Elfenbeinturm, ist das meist polemisch gemeint. Ganz anders stellte sich das im 19. Jahrhundert dar. Seinerzeit nämlich bewunderte man mit dieser Allegorie Menschen, die sich entsprechend zurückzogen, um sich allein der Kunst zu widmen.

Als Schmähung populär machte den Elfenbeinturm der französische Schriftsteller Charles-Augustin Sainte-Beuve. Er benutzte dieses Motiv bereits 1837 in der heutigen Lesart und warf seinem Kollegen Alfred de Vigny Weltfremdheit vor. Dieser, so seine Kritik, habe in seinem Schaffen den Kontakt zur Wirklichkeit verloren.

Damit wandelte sich die inhaltliche Zuschreibung. Galt der Elfenbeinturm im christlichen Verständnis als Symbol der Reinheit und in der Kunst als Rückzugsort hingebungsvollen Schaffens, stand er nun mehr und mehr für Realitätsverlust.



Foto: Franz Gerhard / Adobe Stock

Wer sich zum Erschaffen großer Kunstwerke in den sprichwörtlichen Elfenbeinturm begibt, gilt gemeinhin als weltfremder Kauz.



Des Rätsels Lösung

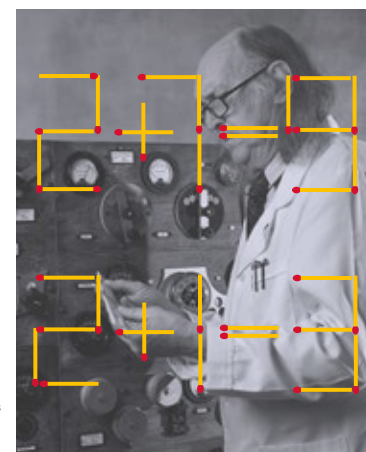
Faszinierende Meerestiere (Ausgabe März, Seite 16)

Das gesuchte Lösungswort lautete „Blauwal“.



Verflixtes Osterfest (Fehlersuche, Seite 16)

Die Unterschiede haben wir rot markiert.



Einmal schieben ... (Denksport, Seite 17)

Oben: Ein Streichholz aus der „8“ macht aus der „1“ eine „7“.

Unten: Ein verschobenes Hölzchen verwandelt die vordere „3“ in eine „2“.



Mit spitzer Feder



Buchtipps

Die Verluste

Es ist die Geschichte einer Familie zwischen Zusammenhalt und Lebenslügen, erzählt aus der Sicht ihrer fünf Mitglieder. Während Klaus Werner sich angesichts der Krisen der Welt einen privaten Luxus-Bunker bauen lassen will, bereitet seine Frau Kaja lieber die perfekte Familienfeier zum 80. Geburtstag ihres Mannes vor. Dagegen tragen die drei Kinder – ein blockierter Schriftsteller, ein wütender Augenarzt und eine verzweifelte Umweltaktivistin – ihre ganz eigenen Kämpfe aus.



Ebenso schonungslos wie einfühlsam und vor allem mit entlarvendem Humor erzählt Florian Scheibe von den Brüchen unserer Gegenwart.

Florian Scheibe: Die Verluste. btb, 512 Seiten, ISBN: 978-3-442-76293-4, 25 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie uns entweder mit dem Betreff „Die Verluste“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.



hoher Gerichtshof	vornehm; kostbar	ehem. dt. Fußballstar (Rudi)	längster Strom Europas	Leipziger Maler (Werner) † 2004	männl. Vorname	kleinste Energiemenge (Physik)	Verkehrsmittel auf Schienen	einer Sache Würde verleihen	dt. Spielkartenfarbe	Fluss durch Dresden	Republik in Ostafrika	fries. Männerkurzname	politisches Gemeinwesen	gut zu entziffern	schweiz. männl. Vorname	einen Schritt machen
Aufruhr, Empörung					juckende Hautschwellung					schweres Arbeitspferd		10				
Wunschbild, idealisierte Person			dummer Streich, Unsinn				eingedickter Fruchtsaft	norwegischer Dichter † 1906				aktuelle Sendung im ZDF	Bergstock bei St. Moritz			
frühere britische Popband (2 Wörter)					eh. morgenländ. Herrscher	schweizerisch: Speiseeis				Erfinder der Laufmaschine † 1851	Kursanstieg Freund d. Schönen					11
			eine Tonart	e. demütige Körperhaltung einnehmen				größter Hafen Italiens	Schonkost				Kuh vor dem 1. Kalben	ugs.: ein-tauchen		
alt-römischer Staatsmann	bildender Künstler	Aufsehen, Skandal				hochmütig, eingebildet	abwertend: schlechtes Getränk					8	abgeschmackt			
Hautflügler				Fußrücken	Wassersportrequisit			Hauptstadt v. Belarus	Kerzenrohstoff							
			nord-amerik. Indianerstamm	Brauch				nord. Kobold, Dämon	Entgelt für Überlassenes				Schlange in „Das Dschun-gelbuch“	kaufm.: tatsächlicher Bestand	die Stadionwelle: La ...	
ungegrübt	veraltet: Hauptstadt	Morast			Wandverzierungsstreifen	Hauptstadt in Nordafrika				dt. Vorsilbe	kurz für: Kriminalpolizei					
gegozertes Milchgetränk			Gartenfrucht	Pflanzenwelt			ugs.: jemanden langwollen	scheppender Lärm Blechblasinstrument.								
		Notizblatt	südt.: Knoten, Auswuchs		beraten-des Gremium	enthalt-samer Mensch					höchster Vulkan Europas					6
früherer russischer Herrschertitel	Hilfe, Mitwirkung gebündeltes Licht				nieders. Stadt am Solling	leer, unausgefüllt						2	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS			
Stechpalme			ärmel-loser Umhang	unwohl skand. Münze					bewe-gungs-behindert	Mitteilung (ugs. Kurz-w.)			P ■ ■ ■ ■ ■ K ■ ■ ■ ■ ■ A ■ ■ ■ ■ ■ M ■ ■ ■ ■ ■ N ■ ■ ■ ■ ■ H ■ ■ ■ ■ ■ ■ A ■ B ■ K ■ A ■ U ■ F ■ E ■ N ■ M ■ A ■ S ■ C ■ A ■ R ■ A ■ A ■ D ■ V ■ O ■ K ■ A ■ T ■ ■ D ■ E ■ N ■ A ■ R ■ L ■ A ■ I ■ N ■ H ■ A ■ E ■ H ■ E ■ R ■ I ■ B ■ I ■ Z ■ A ■ ■ D ■ R ■ O ■ S ■ S ■ E ■ L ■ N ■ S ■ C ■ H ■ A ■ L ■ K ■ E ■ L ■ S ■ O ■ D ■ E ■ N ■ ■ M ■ E ■ T ■ L ■ A ■ X ■ A ■ B ■ A ■ R ■ T ■ H ■ R ■ E ■ K ■ E ■ M ■ E ■ N ■ U ■ E ■ T ■ ■ M ■ E ■ T ■ D ■ A ■ V ■ O ■ S ■ R ■ A ■ M ■ A ■ L ■ G ■ A ■ M ■ E ■ L ■ O ■ T ■ ■ S ■ E ■ O ■ U ■ L ■ G ■ W ■ A ■ N ■ D ■ E ■ R ■ N ■ I ■ A ■ L ■ T ■ E ■ N ■ A ■ ■ R ■ R ■ R ■ K ■ E ■ G ■ E ■ L ■ L ■ E ■ N ■ I ■ N ■ S ■ E ■ L ■ S ■ E ■ T ■ ■ Z ■ W ■ I ■ S ■ C ■ H ■ E ■ N ■ R ■ T ■ E ■ N ■ D ■ E ■ N ■ Z ■ S ■ D ■ A ■ T ■ O ■ ■ I ■ N ■ C ■ H ■ M ■ P ■ R ■ I ■ O ■ R ■ A ■ T ■ B ■ F ■ E ■ D ■ E ■ R ■ E ■ R ■ ■ E ■ H ■ S ■ P ■ O ■ R ■ E ■ N ■ N ■ B ■ U ■ S ■ E ■ N ■ S ■ T ■ E ■ T ■ ■ E ■ S ■ K ■ O ■ R ■ T ■ E ■ U ■ M ■ I ■ T ■ T ■ E ■ L ■ S ■ ■ O ■ U ■ T ■ A ■ A ■ N ■ M ■ A ■ C ■ H ■ E ■ E ■ ■ V ■ S ■ K ■ U ■ N ■ K ■ R ■ E ■ E ■ T ■ I ■ M ■ ■ L ■ A ■ E ■ I ■ E ■ R ■ T ■ W ■ I ■ R ■ K ■ E ■ R ■ E ■ I ■ ■ B ■ R ■ I ■ E ■ N ■ O ■ M ■ I ■ N ■ A ■ L ■ I ■ R ■ R ■ ■ I ■ T ■ A ■ L ■ I ■ E ■ N ■ M ■ A ■ R ■ A ■ D ■ O ■ N ■ A ■			
Aktion, Handlung			diagonal gespiel-ter Ball b. Tennis			norwegische Popgruppe	Faserpflanze, Flachs									
Verzweigung an einem Baum						griech. weibl. Sagen-gestalt										
Windschattenseite			süd-amerik. Raub-fisch				Teil des Messers									
Retter, Befreier					Behinde-rung beim Lufftholen											

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Kreuzworträtsel und Sudokus sind ab sofort auch über Smartphone, Tablet oder Computer lösbar. Der Zugang erfolgt online über das E-Paper.

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. April einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse und Mitgliedsnummer anzugeben!



KURdirekt

8 Tage p.P. ab **€ 647,-**

Getränke zu den Mahlzeiten inklusive! ✓

Erholung an der polnischen Ostsee

Feinster Sandstrand und frische Meeresluft erwarten Sie in Kolberger Deep, dem ruhigen Vorort des seit 1802 bekannten und beliebten Kurortes Kolberg.



IHR HOTEL: 3+ Hotel Akces

Lage: Das Hotel Akces Medical Fit & Spa liegt im ruhigen Kolberger Vorort Kolberger Deep, etwa 12 Kilometer vom Kolberger Zentrum entfernt. Zum Ostseestrand sind es nur ca. 350 Meter.

Zimmer/Ausstattung: Alle 147 komfortablen Zimmer verfügen über Dusche/WC, Föhn, Telefon, Sat.-TV, kostenfreien Internetzugang (WLAN), Kühlschrank und Balkon. Zur weiteren Ausstattung gehören eine Rezeption mit Bademantelverleih und Savevermietung (jeweils gg. Gebühr), kostenfreier Internetzugang (WLAN), Café, Bar, Terrasse, Friseur, Kosmetikstudio und eine Wechselstube.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Im modernen Behandlungszentrum werden Ihnen wohltuende Kur-Anwendungen aus den Bereichen Massage, Physio-, Kinesio- und Hydrotherapie sowie erfrischende Wellnessbehandlungen (gg. Aufpreis) angeboten. Zudem können Sie im hauseigenen Schwimmbad, den Whirlpools oder der Sauna entspannen.



INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice*1
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 3+ Hotel Akces Medical Fit & Spa
- ✓ 7/14/21x Halbpension
- ✓ Getränke zu den Mahlzeiten (wie beschrieben)
- ✓ 3 Kur-Anwendungen pro Werktag*2 (Mo-Fr) nach ärztlicher Vorgabe
- ✓ Kostenfreie Nutzung von Sauna, Schwimmbad und Fitnessraum (außerhalb der Therapiezeiten)
- ✓ 1x Morgengymnastik am Strand pro Werktag (wetterabhängig)
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung

TERMINE & PREISE 2026 p.P. im DZ

Anreise: samstags	8 Tage / 7 Nächte	Verl.-Woche
A 31.10.; 07.11.*3	€ 647,-	€ 399,-
B 10.10.; 17.10.; 24.10.	€ 747,-	€ 499,-
C 02.05.; 09.05.; 16.05.; 23.05.; 30.05.; 06.06. 12.09.; 19.09.; 26.09.; 03.10.	€ 777,-	€ 529,-
D 13.06.; 20.06.*3	€ 877,-	€ 629,-

ZUBUCHBARE LEISTUNG p.P.

› Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche € 126,-

Hinweise:

*1 Gültig für Zone 1 (PLZ 01-19; 39; 89-99). Zone 2 (PLZ 20-23; 27-38; 40-52; 55-65; 67-69; 95-97): € 50,- p.P.; Zone 3 (PLZ 24-26; 53-54; 66; 70-94): € 150,- p.P.

*2 An polnischen Feiertagen entfallen die Kur-Anwendungen ersatzlos.

*3 Letzte Rückreise: 27.06.2026 & 14.11.2026

› Kurtaxe ist zahlbar vor Ort (ca. € 1,60 p.P./Tag).

› Verlängerung: Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.

› Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.

› Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz

Reisecode: SOVD

Weitere Termine für 2026 finden Sie in unserem neuen Katalog 2026 - jetzt kostenlos anfordern!




REISE KÖNIG

8 Tage p.P. ab **€ 1.327,-*1** statt € 1.427,-

Jetzt buchen & Frühbucher-Ermäßigung sichern!*1

Flusskreuzfahrt „Donauwalzer“

Begleiten Sie uns auf eine abwechslungsreiche Donau-Kreuzfahrt mit dem exklusiven 5+ Schiff nickoVISION. An Bord können Sie sich ganz entspannt zurücklehnen und die Aussicht auf vorbeiziehende Naturschönheiten, wie die weinselige Wachau genießen. Bei Ihren Landgängen erkunden Sie sehenswerte Metropolen, wie Wien, Budapest und Bratislava. Lassen Sie sich von der Vielfalt der lieblichen Donau verzaubern!

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau und Einschiffung.		17:00 Uhr
2	Ybbs (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Ausflug nach Maria Taferl.	06:00 Uhr	12:00 Uhr
	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Fahrt mit dem Riesenrad.	20:30 Uhr	-
3	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.		19:00 Uhr
4	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	12:00 Uhr	-
5	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Puszta-Rundfahrt.		14:00 Uhr
6	Bratislava (Slowakei) mit Möglichkeit (exkl.) zum Stadtrundgang.	08:00 Uhr	14:00 Uhr
7	Melk (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Besichtigung des Benediktinerstifts.	07:30 Uhr	13:30 Uhr
8	Passau, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	07:30 Uhr	



INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 5+ nickoVISION und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord
- ✓ Freie Nutzung der kostenfreien Bord-Einrichtung
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Kreuzfahrtleitung und deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- ✓ Alle Hafen- und Passagiergebühren*2
- ✓ Kofferservice zwischen Anlegestelle und Kabine bei Ein- und Ausschiffung

TERMINE & PREISE 2026 p.P.

in 2-Bett-Kabine	2-Bett Hauptdeck (HV)	2-Bett Mitteldeck (MX)	2-Bett Oberdeck (OX)
Abfahrtstermine: montags			
A 26.10.26; 02.11.26	€ 1.327,- statt € 1.427,-	€ 1.627,- statt € 1.727,-	€ 1.907,- statt € 2.007,-
B 20.04.26*3 05.10.26; 12.10.26; 19.10.26*3	€ 1.427,- statt € 1.527,-	€ 1.827,- statt € 1.927,-	€ 2.107,- statt € 2.207,-
C 27.04.26 06.07.26 10.08.26*3; 17.08.26 28.09.26	€ 1.527,- statt € 1.627,-	€ 1.927,- statt € 2.027,-	€ 2.207,- statt € 2.307,-
D 18.05.26*3 08.06.26 29.06.26 07.09.26*3; 14.09.26; 21.09.26	€ 1.627,- statt € 1.727,-	€ 2.027,- statt € 2.127,-	€ 2.307,- statt € 2.407,-

ZUBUCHBARE LEISTUNGEN p.P.

- › Aufpreis Ausflugspaket (Stadtrundfahrt/-gang Wien, Budapest, Bratislava & Benediktinerstift Melk): € 149,-
- › Aufpreis Getränkepaket: € 224,-
- › Zuschlag für Kabinen zur Alleinbenutzung: 30%-90%
- › Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.

Hinweise:

*1 Bei Buchung bis zum 30.04.2026 erhalten Sie bis zu € 100,- Frühbucher-Ermäßigung auf Ihre Reise (Ermäßigung bereits im Streichpreis berücksichtigt).

*2 Ausgenommen ggfs. anfallende regionale Passagiergebühren und kommunale Abgaben.

*3 Single-Spezial: Zuschlag für Kabinen zur Alleinbenutzung um 50% reduziert (begrenzt Kontingent).

› Routenänderungen vorbehalten.

› Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.

› Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Beratung & Buchung: **0800 - 228 42 66** gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

Online buchbar direkt unter: **www.kurdirekt.de**
 Folgen Sie uns auch auf Facebook und Instagram!

Beratung & Buchung: **0800 - 55 66 700** gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

info@reise-koenig.de

Wissen, was dahintersteckt

Wie Endometriose den ganzen Körper beeinflussen kann.

BEZAHLT VON IHRER APOTHEKE 1. APRIL 2026 A

APOTHEKEN **Umschau** Mit Gewinnspiel

JETZT IN IHRER APOTHEKE VOR ORT

Viel mehr als Schmerz

Die unterschätzte Krankheit: Endometriose kann Folgen für den ganzen Körper haben

Allergie
Erst Heuschupfen, dann Asthma: Das lässt sich verhindern

Mundgesundheit
So rettet eine Wurzelbehandlung kranke Zähne

Beziehung
Wir begleiten Paare bei der gemeinsamen Therapie

Gewinnen Sie eines von sechs E-Bikes im Wert von je 4599 €

70 JAHRE APOTHEKEN **Umschau**
Gesundheit hat einen Ort.

30 Jahre personal shop
Markenartikel zu Bestpreisen

Über 100 Top-Marken und 10.000 Artikel unter:

www.personalshop.com

EXKLUSIV FÜR TREUE LESER!

OTTO KERN

5er Pack

-30% für Sie €23,09

OTTO Kern Ser Pack Herren Rundhals-Shirts kurzarm
weiß Art.-Nr. 242.051
schwarz Art.-Nr. 246.284

OTTO Kern Ser Pack Herren V-Shirts kurzarm
weiß Art.-Nr. 242.048
schwarz Art.-Nr. 246.271

Größen: M L XL XXL 3 XL

Tiroler Loden Merino-Sneaker

-30% für Sie €41,99

grau Art.-Nr. 405.993
marine Art.-Nr. 406.000
schwarz Art.-Nr. 407.478
petrol Art.-Nr. 409.849
terrakotta Art.-Nr. 409.852

Größen: 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46

30% Jubiläums-RABATT* auf ALLES!

Der 30% Rabatt* gilt auf unser gesamtes Sortiment mit Ihrem Gutschein-Code

D30922

Die besten Jubiläumsangebote für Sie – gleich sichern!

reusch

-30% für Sie €9,09

-81% VORTEIL

Reusch Herren Funktionspolo kurzarm
blau Art.-Nr. 253.996
rot Art.-Nr. 254.003
petrol Art.-Nr. 254.016
gelb Art.-Nr. 254.029

Größen: M L XL XXL 3 XL

UNITED COLORS OF BENETTON

5er Pack

Benetton Ser Pack Boxershorts
grau melange Art.-Nr. 261.470
schwarz Art.-Nr. 261.483
dunkelblau Art.-Nr. 261.496
gemischt Art.-Nr. 264.857

Größen: M L XL XXL 3 XL 4 XL

-30% für Sie €13,99

-76% VORTEIL

*Stattpreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Alle Preise in Euro und inkl. MwSt., zuzüglich Versandkosten: €7,99. Diese Aktion kann nicht mit anderen Aktionen kombiniert werden. Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vortrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 069/92 10 110, Fax: 069/92 10 11 800, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet.
Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

Scannen und direkt zum Online-Shop!



Jetzt bequem online bestellen:
www.personalshop.com

Einstieg mit Gutschein-Code

D30922

Ihre Bestell-Hotline:

0 69/92 10 110

Noch mehr Artikel und Informationen online



ANZEIGE



Burg-Brocken - Special im Harz

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- **4 Tage / 3 Übernachtungen** HP+ inklusive umfangreiches Wohlfühl- und Erlebnispaket mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **3 Abendessen** vom abwechslungsreichen Buffet inkl. Getränkeauswahl im Restaurant „Burghof“
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf das Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung/Verfügbarkeit)
- **Eine Fahrt mit der Harzer Schmalspurbahn zum Brocken und zurück nach Wernigerode** (freie Terminwahl während Ihres Aufenthaltes)
- **Eintritt in das Nationalpark-Besucherzentrum Brockenhaus**
- **Wertgutschein Hotel-Shop**

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 20.12.26
 WE-Zuschlag für Erwachsene: 15,00 € / Nacht (Fr & Sa).
 Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.

je Erw. im DZ **375,-€**

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.



BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49(0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE

Für Menschen, die uns am Herzen liegen

Nutzen Sie zuzahlungsfreie Pflegehilfsmittel von meinPflageset

Nach § 40 SGB XI ab Pflegegrad 1*

So einfach gehts:

- 1 **Unterlagen** telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite **downloaden**
- 2 **Antrag ausfüllen** und an uns zurück **senden** – wir kümmern uns um den Rest
- 3 **Pflageset zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen

*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.



Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflageset.de

Kostenfrei anrufen
 0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflageset.de

meinPflageset - ein Service von Praxis Partner
 Praxis Partner ist seit über 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner GmbH
 In den Fritzenstücker 9-11
 65549 Limburg

kundenservice@praxis-partner.de
 www.praxis-partner.de





**HEIDEHOTEL
BAD BEVENSEN**

In der Lüneburger Heide

Entspannen Sie in der herzlichen Atmosphäre des Heidehotels Bad Bevensen mit Restaurant, Kaminbar, Sauna, Garten und eigenem Waldstück mit rollstuhlgerechtem Rundweg.

Egal ob Rollifahrer oder Fußgänger, ob jünger oder älter, Einzelreisender oder kleine Gruppe, bei uns sind Sie auf das Herzlichste willkommen.

**Die
barrierefreien
Hotels**



**Ideal für
Einzelreisende,
Familien &
Gruppen**

Das Heidehotel Bad Bevensen und das Seehotel Rheinsberg sind zwei vollständig barrierefreie Hotels in landschaftlich einzigartigen Regionen Deutschlands.

Ausgestattet mit vielen kostenfreien Hilfsmitteln sind sie ideale Ziele für Gruppenreisen, Tagungen, Feiern und natürlich Ihren individuellen Urlaub.



**SEEHOTEL
RHEINSBERG**

In der Brandenburgischen Seenplatte

Erleben Sie die Gastfreundschaft des Seehotels Rheinsberg in der Brandenburgische Seenplatte – mit dem Grienericksee direkt vor dem Hotel und dem Schloss Rheinsberg mit seiner Kammeroper in unmittelbarer Nähe. Liebevoll restaurierte Kulturdenkmäler und die Naturschönheiten Brandenburgs laden Sie zum Entdecken, Staunen und Verweilen ein.

Urlaub für Alle





Alltagspause

Machen Sie eine Pause vom Alltag und kommen Sie nach Bad Bevensen. Die Seele baumeln lassen und neue Kraft tanken, das können Sie bei uns im Heidehotel.

- 3 Übernachtungen mit Frühstück
- 3 Abendessen mit Tischgetränk
- 1 Begrüßungsdrink
- 1 Kaffee & Kuchen
- 1 Hydrojet-Massage
- Nutzung des Vital-Zentrums
- kostenfreie Parkmöglichkeit



Wellnesstage

Pure Erholung und Entspannung erwarten Sie. Schwimmen Sie im Indoor-Pool oder im Grienericksee. Entspannen Sie bei wohltuender Wärme in unserer Sauna oder im Dampfbad und gönnen Sie sich eine Hydrojetmassage.

- 5 Übernachtungen mit Frühstück
- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- 1 Abendessen am Anreisetag
- 1 Hydrojetmassage
- Auswahl an Vital-Getränken in der Minibar
- Nutzung des Vital-Zentrums

Ab
285,-
Euro
pro Person

*Gleich buchen unter
Telefon: 05821 959 111*

Ab
440,-
Euro
pro Person

*Gleich buchen unter
Telefon: 033931 344 552*

* 3 Ü/F pro Person im Zweibettzimmer, zzgl. Kurtaxe. Preis für Sparsaison. Nebensaison: 320,- Euro, Hauptsaison: 340,- Euro. **Verlängerungsnächte** Ü/F Sparsaison: 20%, Nebensaison: 15%, Hauptsaison: 10% Rabatt auf den Listenpreis.

Heidehotel Bad Bevensen der FDS Hotel gGmbH
Alter Mühlenweg 7, 29549 Bad Bevensen, Telefon: 05821 959 111
E-Mail: info@heidehotel-bad-bevensen.de
www.heidehotel-bad-bevensen.de

* 5 Ü/F pro Person im Superiorzimmer, zzgl. Kurtaxe. Preis für Sparsaison. Nebensaison: 500,- Euro, Hauptsaison: 560,- Euro. **Verlängerungsnächte** Ü/F Sparsaison: 20%, Nebensaison: 15%, Hauptsaison: 10% Rabatt auf den Listenpreis.

Seehotel Rheinsberg der FDS Hotel gGmbH
Donnersmarckweg 1, 16831 Rheinsberg, Tel.: 033931 344 552
E-Mail: post@seehotel-rheinsberg.de
www.seehotel-rheinsberg.de

Wechseln Sie zum E-Paper!

- **schneller bei Ihnen als im Postversand**
- **für Tablets und Smartphones**
- **enthält alle Landesbeilagen**
- **schont die Umwelt**

Der kürzeste Weg geht über das Smartphone. Dazu einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Den nun erscheinenden Link tippen Sie an. Wenn auf Ihrem Gerät noch kein Scanner installiert ist, finden Sie diesen im AppStore oder bei Google Play. Sie können sich auch direkt über die Website ummelden: www.sovd.de/e-paper

Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Jedes 5. Mitglied liest bereits digital

Scan mich!



SoVD sucht Superheld*innen

Ehrenamt ist heldenhaft, verdient Anerkennung und ist das Herzstück des SoVD! Engagierte Menschen setzen sich dafür ein, dass Personen in schwierigen Lebenslagen Unterstützung, Beratung und eine starke Stimme erhalten. Darum sucht der Verband auch in diesem Jahr wieder seine SoVD-Superheld*innen. Jetzt Vorschläge einreichen!

Diese Menschen machen den SoVD nah- und sichtbar. Durch ihr Engagement werden soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Teilhabe real.

Um das zu würdigen, bittet der Verband um Hilfe: Welches Mitglied glänzt durch außergewöhnlichen Einsatz? Vielleicht mit langjähriger Tätigkeit, innovativer Projektarbeit oder außergewöhnlicher Einsatzbereitschaft für den Verband und seine Ziele? Ihre Initiative ist gefragt! Wer eine Person kennt, die diesen Titel verdient, schlägt diese als seine*n persönliche*n „SoVD-Superheld*in“ vor.

Vorschläge kann man auf zwei Wegen einreichen: entweder mit einem Formular (*mehr dazu rechts*) oder per E-Mail an sov-d-superhelden@sov-d.de.



Foto: Peter Kunze

Die „Superheld*innen des Jahres“ 2025 waren Hans-Jürgen Schmidt, Michaela Korte (1. und 2. v. li.) und Hannelore Veit (3. v. re.). Auch 2026 geht die Aktion weiter. Schlagen Sie jemanden vor!

Nötig sind dabei:

- eine kurze Beschreibung der Person,
- Infos zum Engagement im SoVD und gern darüber hinaus,

- warum er oder sie für Sie ein*e SoVD-Superheld*in ist und
- ein digitales Foto, am besten in hoher Auflösung.

Unter allen eingereichten Vorschlägen wählt eine Jury drei Gewinner*innen aus. Diese werden beim SoVD-Inklusionslauf am 10. Oktober in Berlin geehrt.



Grafik: Matthias Herrndorff

Neben einer Auszeichnung erhalten sie einen Zuschuss für die Arbeit im Ortsverband.

Ausgewählte Nominierungen stellt der SoVD hier in der Zeitung und auf Social Media vor – damit die großartigen Geschichten unserer Mitglieder sichtbar werden!

Das Formular gibt es unter: www.sovd.de/sov-d-superhelden – oder über diesen QR-Code:



Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Vorstand: Michaela Engelmeier, Sandra Fehlberg. Der SoVD ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg mit der Vereinsregisternummer VR 20029 B.

Redaktion: Veronica Sina (Redaktionsleitung, verantwortl./veo), Joachim Schöne (Stellv./jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Druckvorstufe), Nancy Gühne (Redaktionsassistenz). E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Werbung: Veröffentlichte Anzeigen oder enthaltene Werbebeilagen stellen keine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen dar.

Gewinnspiele: Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist an eine Mitgliedschaft im SoVD gebunden. Zur Teilnahme an Verlosungen oder Gewinnspielen sind ausschließlich SoVD-Mitglieder berechtigt; Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstelle sind davon ausgeschlossen. Anspruch auf einen Gewinn besteht nicht.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen,

Telefon: 07243/53 90 123 oder 0176/47 12 98 86 (mobil), E-Mail: sov-d@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage wurde von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.



(IVW) geprüft. Sie betrug im 4. Quartal 2025 insgesamt 354.252 Exemplare. Zudem erhielten die vorliegende Ausgabe nach Verlagsangabe 90.037 Personen als E-Paper.

Datenschutz: Der SoVD verarbeitet personenbezogene Daten auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen oder erteilter Einwilligungen. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.